

Information über die Sitzung des Gemeinderats am 24.01.2006

Gewässerzweckverband Isenach-Eckbach; Änderung der Verbandsordnung

Der Gewässerzweckverband Isenach-Eckbach ist ein Zusammenschluss von Gemeinden im Einzugsgebiet von Isenach, Eckbach und Floßbach. Bislang war es wesentliche Aufgabe des Verbands, die fließenden Gewässer 3. Ordnung und die darin genannten zugehörigen Anlagen innerhalb des Verbandsgebiets zu unterhalten.

Durch das von der SGD Süd initiierte verbandsübergreifende Konzept der Gewässerertüchtigung und Hochwasserrückhaltung kommt nun auf den Verband ein neues Betätigungsfeld zu. Dazu muss die Verbandsordnung entsprechend geändert werden. Die Verbandsversammlung hat die Empfehlungen einer Kommission bereits als Satzungsänderung beschlossen. Die geänderte Satzung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung aller Verbandsmitglieder.

Einstimmiger Beschluss:

Der von der Verbandsversammlung des Gewässerzweckverbands Isenach-Eckbach am 08.09.2005 beschlossenen Änderung der Verbandsordnung wird zugestimmt.

Haushalt 2006 der Gemeinde Mutterstadt

Die Verwaltung hat die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2006 sowie den Finanzplan und das Investitionsprogramm für die Jahre 2005 bis 2009 im Entwurf gefertigt. Der Verwaltungshaushalt schließt mit einem Überschuss von 238.230,00 € ab, der dem Vermögenshaushalt zugeführt wird.

Darlehen und Verpflichtungsermächtigungen sind im Haushaltsjahr 2006 nicht veranschlagt. Die Höchstbeträge der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, werden für den Haushalt auf 3.000.000,00 €, für die Abwasserbeseitigung auf 500.000,00 € und für das Palatinum auf 200.000,00 € festgesetzt.

Haushaltsrede von Bürgermeister Ewald Ledig:

Sehr geehrte Herren Beigeordnete,
verehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
verehrte Gäste,

im Mittelpunkt der heutigen Sitzung des Gemeinderates stehen die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2006 sowie Finanzplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre bis 2009.

Das 222 Seiten umfassende Werk ist in den Fachausschüssen und am 10. Januar 2006 im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden.

Ja, mehr noch: Bei der Beratung des Nachtragshaushaltes 2005 am 08. November des vergangenen Jahres im Haupt- und Finanzausschuss wurden die Weichen für den heute zu beschließenden Haushalt 2006 gestellt.

Das Ministerium des Innern und für Sport hat Anfang Dezember 2005 wieder Leitlinien und Hinweise für die Haushaltswirtschaft 2006 der kommunalen Gebietskörperschaften veröffentlicht. Darin heißt es:

„Die aktuelle Finanzsituation der Kommunalhaushalte ist weiterhin sehr angespannt. Diese Einschätzung gilt sowohl bundesweit als auch für die kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz. Das zeigt sich insbesondere an der Entwicklung der Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte und dem Volumen der Kassenkredite. Die erfreuliche Entwicklung der Gewerbesteuer in den ersten drei Quartalen 2005 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum (+ 10 %) mag zwar in Einzelfällen zur Haushaltssanierung beitragen; eine wesentliche Verbesserung der Gesamtsituation wird aber damit bei weitem nicht erreicht. Vor diesem Hintergrund kommt der Konsolidierung der Haushalte nach wie vor große Bedeutung zu. Es ist weiterhin zwingend erforderlich, dass alle öffentlichen Haushalte den seit Jahren geforderten drastischen Sparkurs durch Aufgabenüberprüfung und deutliche Ausgabensenkungen fortsetzen und alle möglichen Einnahmequellen konsequent ausgeschöpft werden.“

Im Hinblick darauf, dass in der Vergangenheit die tatsächlich erreichten Wachstumsraten regelmäßig unterhalb der Annahmen lagen, ist aus meiner Sicht eine vorsichtige Einschätzung der Wachstums- und Einnahmeentwicklung ratsam. Für die Entwicklung der Bruttoausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) sollte daher die Empfehlung des Finanzplanungsrates aus seiner Mai-Sitzung berücksichtigt werden, wonach der Anstieg auf durchschnittlich 1 v.H. begrenzt werden sollte.“

Was die Steuerschätzung betrifft, so hat deren Arbeitskreis nach Amtsantritt der neuen Bundesregierung das Schätzergebnis erstmals seit längerer Zeit leicht nach oben korrigiert.

Abschließend heißt es in dem Rundschreiben des Ministeriums: „Bei den Orientierungsdaten handelt es sich um Durchschnittswerte, die für die einzelne Gemeinde oder den einzelnen Gemeindeverband Anhaltspunkte bei der Aufstellung des Haushaltsplans bzw. der Finanzplanung geben sollen. Bei der Planung der Einnahmen und Ausgaben können strukturelle Unterschiede in der Aufgabenstellung und die besondere Finanzlage im Einzelfall zu Ergebnissen führen, die von den Orientierungsdaten erheblich abweichen. Es bleibt deshalb Aufgabe jeder Gebietskörperschaft, anhand der landesweiten Durchschnittswerte entsprechend den örtlichen Gegebenheiten die für ihre Planung zutreffenden Einzelwerte selbst zu ermitteln. Dies gilt insbesondere für die Gewerbesteuer, die in der Vergangenheit mitunter extreme und nicht vorhersehbare Veränderungsraten aufwies.“

Unter Beachtung dieser und weiterer Rahmenkriterien hat die Verwaltung einen Haushaltsplan aufgestellt, der sich unseres Erachtens an realistischen Daten orientiert.

Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung der Haushaltswirtschaft des Jahres 2006

Der Haushaltsplan 2006 schließt im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt mit einem Gesamtvolumen von 21.199.352,00 € ab. Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt 13.312.475,00 € und auf den Vermögenshaushalt 7.886.877,00 €. Im Etat 2006 sind keine Verpflichtungsermächtigungen in Ansatz gebracht. Der allgemeinen Rücklage werden zunächst die Rückflüsse aus dem Sparkassenbrief und dem Darlehen der Pfalzwerke AG entnommen und in gleicher Höhe zum Ausgleich des Bestandes wieder

gutgeschrieben. Zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen werden keine Darlehen benötigt. Zur Aufrechterhaltung der Kassenliquidität dürfen Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 3.000.000,00 € in Anspruch genommen werden.

Der Verwaltungshaushalt ist im Haushaltsjahr 2006 ausgeglichen. Den zu erwartenden Einnahmen von 13.312.475,00 € stehen Ausgaben von 13.074.245,00 € gegenüber. Es errechnet sich ein Überschuss von 238.230,00 €, der dem Vermögenshaushalt zugeführt werden kann. Der Überschuss erfüllt die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtzuführung in Höhe der Darlehenstilgungen von 121.000,00 €. Der Verwaltungshaushalt ist nach Zuführung an den Vermögenshaushalt ausgeglichen.

Im Grunde nach ist das vorgeplante Ergebnis als zufrieden stellend zu bewerten, da trotz erheblicher Aufwendungen für das Palatinum eine, wenn auch geringe „Freie Finanzspitze“ erwirtschaftet werden kann. Die im Haushaltsjahr 2003 eingeleiteten und in 2006 beibehaltenen Konsolidierungsmaßnahmen zeigen ihre Wirkung. Die positive Gestaltung des Haushaltes ist trotz alledem weiterhin äußerst schwierig. Ursache hierfür ist, dass zum Teil erhebliche Aufwendungen für gemeindliche Einrichtungen, sogenannte freiwillige Leistungen und die darauf beruhenden Folgekosten zu bestreiten sind. Die Gemeindebibliothek, der Jugendtreff, das Palatinum, der Kinderhort, aber auch der Sportpark und das Haus der Vereine u.a. sind hier nur beispielhaft zu erwähnen. Die Betriebs- und Personalkosten für alle gemeindlichen Einrichtungen sind, ohne dass dadurch der Bestand gefährdet wird, zwischenzeitlich auf das Notwendigste zurückgeführt. Die Entwicklung hinsichtlich der Bewirtschaftungs- und Betriebskosten für das Palatinum werden in der Vorgabe des betriebswirtschaftlichen Gesamtkonzepts umgesetzt und fortentwickelt. Die zu beeinflussende Ausgabenseite wird kritisch und auf die absolute Notwendigkeit hin durchleuchtet. Erste Erfolge sind darin zu erkennen, dass der zu erbringende Betriebskostenanteil gegenüber dem Haushaltsjahr 2005 um über 50 v.H. zurückgenommen werden kann. Im September dieses Jahres ist das neue Feuerwehr-Gerätehaus in Betrieb gegangen. Die sich hieraus ergebenden Folgekosten werden die Finanzkraft der Gemeinde weiter in Anspruch nehmen.

Notwendige Aufgaben im Zusammenhang mit der inner- und außerörtlichen Entwässerung und mit der Umgestaltung im Bereich des Historischen Rathauses und im Bereich der Oggersheimer-/ Ruchheimer Straße müssen darüber hinaus geschultert werden. Damit die Handlungsfähigkeit der Gemeinde auf Dauer gesichert bleibt, müssen im Gesamthaushalt, im Finanzplan und im Investitionsprogramm der Jahre 2005 bis 2009 alle möglichen Einsparungen ernsthaft, konsequent und über alle parteipolitischen Grenzen hinweg, weiterhin oberste Priorität genießen. Es ist vor jeglicher künftiger Investitionstätigkeit so lange zu warnen, als diese nur mit Darlehen bestritten werden müssen. Von einem solchen Tun ist insbesondere dann abzuraten, wenn die reichlich vorhandenen Baugrundstücke nicht in der geplanten zeitlichen Abfolge verkauft werden können. Der Verkauf mehrerer gemeindeeigener Grundstücke am Ende des alten Jahres stimmt mich optimistisch.

Der notwendige Effekt, im Verwaltungshaushalt Mittel zur Mitfinanzierung von Investitionen zu erwirtschaften, wird im Finanzplanungszeitraum bis 2009 nur in bescheidenem Rahmen möglich sein. Alle Sparbemühungen sollten darauf gerichtet sein, dass der in 2006 fällig werdende Sparkassenbrief und das der Pfalzwerke gewährte Darlehen als sogenanntes „Tafelsilber“ auch in der Zukunft vermögenswirksam angelegt werden kann.

In Kenntnis dieses Sachverhaltes ist es notwendig, künftige Investitionen und Baumaßnahmen auf ihre Kostenhöhe zu fixieren und in zeitliche Prioritäten einzureihen. Die Vergabe einer jeden Maßnahme sollte künftig erst dann realisiert werden, wenn einerseits die Finanzierung gesichert ist und andererseits die daraus erwachsenden Folgekosten geleistet werden können. Die dauernde Leistungsfähigkeit und die sogenannte „Freie Finanzspitze“ sind bei künftigen Investitionen seitens des Rates und seiner Ausschüsse zu hinterfragen. Nur so ist gewährleistet, dass nachfolgenden Generationen ein gewisser Handlungsspielraum verbleibt.

Die Einnahmen- und Ausgabenseite des Verwaltungshaushaltes hat sich gegenüber dem des zurückliegenden Haushaltsjahres nur unwesentlich geändert. Die Steuer-, Gebühren- und Beitragssätze wurden in der Höhe des Vorjahres beibehalten. Erhöht im Etat veranschlagt sind Ausgaben, die sich aus den Vorschriften des Hartz IV-Gesetzes ergeben. Zum 01.10.2005 ist der für den Bund und die Gemeinden geltende neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) in Kraft getreten. Im Verwaltungshaushalt ist daher die Unterscheidung zwischen Angestellte und Arbeiter nicht mehr ausgewiesen. Die Planansätze werden nun unter der Bezeichnung „Tarifbeschäftigte“ veranschlagt.

Einnahmen des Verwaltungshaushaltes

Verlässliche Ausgangspunkte zur Erstellung des Haushaltsplanes und des Finanzplanes für den Planungszeitraum bis zum Jahre 2009 liegen den Gemeinden nicht vor. Die von der neuen Bundesregierung nun in Gang gesetzten Steuerbelastungen lassen zwar hoffen, aber die weiterhin unverhältnismäßig hohen Arbeitslosenzahlen lassen kaum Optimismus bezüglich der Einnahmeverbesserung zu. Auf Grund der in der Vergangenheit gewonnenen Erfahrung hat sich die Verwaltung bei der Veranschlagung der Steuereinnahmen besondere Zurückhaltung auferlegt und ist nur bedingt den vom Ministerium des Innern und für Sport vorgegebenen Empfehlungen nachgekommen. Die vom Finanzplanungsrat auf Grund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgegebene finanzpolitische Situation wurde von der Verwaltung regionalisiert und in den Haushaltsplan eingestellt. Der Spielraum, der sich insbesondere bei der Gewerbesteuer und bei den Einkommensteuerzuweisungen ergibt, wird ganz erheblich vom Gemeindefinanzierungsgesetz, von der Steuerreform und den Hartz IV-Gesetzen beeinflusst. Es bleibt zu hoffen, dass nunmehr die vorhergesagte wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung baldigst greifen möge.

Die allgemeinen Zuweisungen setzen sich zusammen aus der Schlüsselzuweisung und der Ausgleichsleistung des Landes. Die Ansätze werden sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhen. Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Betriebe) und Grundsteuer B (Grundstücke) bleiben auf dem Niveau des Vorjahres. Die Gewerbesteuer wurde in der vorjährigen Höhe veranschlagt. Der Anteil an der Einkommensteuer (+ 52.000 €) und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (-11.000 €) ist den Berechnungen angepasst. Das Aufkommen bei der Vergnügungs- und Hundesteuer ist unverändert fortgeschrieben. Die Ausgleichsleistung des Landes nach § 21 LFAG wird wenig verändert (+10.000 €) in der Höhe des Vorjahres erwartet. Die Einnahmen bei den Gebühren und Entgelten (-6.000 €) sind in der Summe gegenüber dem Vorjahr kaum merklich vermindert.

Die Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und die Einnahmen aus dem Verkauf von Familienstambüchern, Verpflegungskostenersatz, Chroniken usw. wurden vermindert (-87.000 €) fortgeschrieben. Ursächlich hierfür ist, dass das Zuteilungsverfahren im Baugebiet „Am Alten Damm“ abgeschlossen ist und somit Ausgleichszahlungen nicht mehr vereinnahmt werden können. Gleiches gilt für den Wegfall der überzahlten Schulumlage für das Schulzentrum Limburgerhof. Die Einnahmen von übrigen Bereichen sind im Wesentlichen konstant und betreffen die Abführungen des Palatinum und der Abwasserbeseitigungseinrichtung für die von der Gemeinde erbrachten Verwaltungskosten.

Die Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen weisen gegenüber dem Vorjahr keine größeren Bewegungen aus und wurden kontinuierlich fortgeschrieben. Dies ist ebenso zutreffend für die Einnahmen aus Dividenden und Zinsen für das angedachte Wiederanlegen des Sparkassenbriefes und dem bisher der Pfalzwerke AG gewährte Darlehen. Die Konzessionsabgaben aus der Strom- und Gasversorgung sind leicht erhöht ausgewiesen. Die vom Zweckverband für Wasserversorgung zu zahlende Konzessionsabgabe ist ab 2005 jahresbezogen berechnet und erreicht den Stand des Vorjahres.

Die inneren Verrechnungen für den Bauhof und für die Hausmeisterdienste sowie die kalkulatorischen Einnahmen sind auf Grund der erforderlichen Fortschreibungen veranschlagt.

Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Die Personalausgaben werden sich gegenüber dem Vorjahr um rund 59.000 € vermindern. Ursächlich hierfür ist, dass ein Beamter in den Ruhestand versetzt wurde und ein Bediensteter als Hausmeister dem Palatinum zugeordnet wurde. Höhergruppierungen und Zuordnungen in die Tarifgruppen nach dem neuen Tarifrecht (TVöD) sind moderat und können somit vernachlässigt werden.

Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand vermindert sich um ca. 2.000 €, der sich auf viele Haushaltspositionen verteilt. Abweichungen im Plus- und Minusbereich sind der Übersicht über die Sammelnachweiskonten zu entnehmen. Die Verrechnungen des Bauhofs wurden neu zugeordnet und sind hier nicht mehr nachgewiesen. Die kalkulatorischen Kosten sind wegen der Berechnung des auf das neue Feuerwehrgebäude entfallenden Abschreibungen (+63.000 €) fortgeschrieben.

Die Zuweisungen und Zuschüsse im Allgemeinen sind gegenüber dem Vorjahr um 46.000 € vermindert ausgewiesen. Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus der Subtraktion des für das Palatinum zu erbringenden Betriebskostenanteils (-61.000 €) und der Schulverbandsumlage (+ 31.000 €) für das Rudolf-Wihr-Schulzentrum. Die an den Gewässerverband Isenach-Eckbach zu zahlende Umlage ist gleichbleibend angesetzt. Die Mittel zur Förderung des Sports, zur Förderung des Nahverkehrs, zur Förderung der Musik- und Gesangsvereine sind unverändert.

Im Zusammenhang mit der Friedhoferweiterung wird zu Gunsten der Gemeinde ein Nießbrauchrecht begründet, für das eine jährliche Entschädigung in Höhe von 20.000 € bereitzustellen ist.

Die Zinsausgaben orientieren sich am Schuldendienst für die bestehenden Darlehen und berücksichtigen die voraussichtlich in 2006 kurzzeitig in Anspruch zu nehmenden Kassenkredite.

Die Gewerbesteuerumlage ist jeweils abhängig vom jährlichen Gewerbesteuer-Ist-Aufkommen und dem vom Gesetzgeber vorgegebenen Vervielfältigungssatz. Der Vervielfältiger für das Jahr 2006 wurde von bisher 81 %-Punkte auf nun 74 %-Punkte gesenkt und erbringt eine Einsparung von rund 32.000 €. Die an das Land zu zahlende Finanzausgleichsumlage geht gegenüber dem Vorjahr um ca. 50.000 € zurück, die Zahlung zum „Fonds Deutsche Einheit“ erhöht sich um 6 T€. Die an den Landkreis zu zahlende Kreisumlage, gekoppelt an die Steuerkraftmesszahl, verbleibt unverändert.

Die Zuführung des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt beträgt 238.000 €. Dieser Betrag deckt nicht nur die vom Gesetzgeber geforderte Pflichtzuführung (Darlehenstilgung) in voller Höhe ab, sondern lässt auch einen kleinen Freiraum zur Finanzierung von Investitionen im Vermögenshaushalt. Analog hierzu ist festzustellen, dass bei der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit im Haushalt 2006 eine Freie Finanzspitze von 5.787.000 € auszuweisen ist, die sich allerdings dann auf 117.000 € relativiert, wenn der Sparbrief und das Darlehen der Pfalzwerke AG auf dem Kapitalmarkt neu angelegt werden.

Einnahmen des Vermögenshaushaltes
Das Volumen des Vermögenshaushaltes beträgt 7.886.877 €. Dieser relativ hohe Betrag ist ursächlich auf das in Einnahmen und Ausgaben gleich bleibende Durchbuch von 5.647.000 € aus dem Sparkassenbrief und dem Pfalzwerkedarlehen zurückzuführen. Relativ sicher kann angenommen werden, dass Grundstückserlöse von ca. 500.000 € aus dem Allgemeinen Grundstücksvermögen und ca. 1.200.000 € aus den Bauplätzen „Am Alten Damm“ erzielt werden. Aus dem Verkauf von beweglichem Vermögen sind Einnahmen von 10.000 € veranschlagt. Vom Kreiswohnungsverband und vom Rhein-Pfalz-Kreis werden Darlehensrückflüsse von 24.000 € erwartet. Investitionsschlüsseluweisungen sind in Höhe von 37.000 € errechnet. Das Land gewährt Zuschüsse in Höhe von 3.000 € für die Feuerwehr, für den Neubau des Feuerwehr-Gerätehauses die letzte Rate über 100.000 € und für die Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs 10.000 €. Der wiederkehrende Ausbaubeitrag ist mit 106.000 € veranschlagt. Die Ablösung für private Stellplätze ist mit 4.000 € veranschlagt. Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt ist mit 238.000 € ausgewiesen.

Ausgaben des Vermögenshaushaltes

Im Haushaltsjahr 2006 wird zum wiederholten Male eine Investitionshilfe für Ruanda über 2.500 € vorgesehen. Für die EDV werden 30.000 € und für den Erwerb von Anlagevermögen 43.000 € erforderlich sein. Für den Friedhof sind Einrichtungsgegenstände im Wert von 6.000 €, für die Toilettensanierung in der Pestalozzischule sind 4.000 € und für die Fahrzeugbeschaffung für die Feuerwehr 75.000 € sowie für den Bauhof 84.000 € vorgesehen. Weitere Ausgabepositionen des Vermögenshaushaltes sind Landschaftspflegeplan und ökologische Maßnahme, Erneuerung der Kinderspielplätze, wiederkehrender Baukostenzuschuss an den Kegelverein, Ausbau öffentlicher Verkehrsanlagen, Erneuerung von Straßenleuchten, Gewässer Ausbau, Restbefestigung des Rathausparkplatzes, Ausbau der Schönesbrücke, Sanierung und Abbruch von Gemeindehäusern, Grunderwerb für Friedhoferweiterung und Gehwege, Ortskernsanierung, Ausbau am Schulzentrum, Ausbau Rinnen Gewerbegebiet, Grunderwerb und Ausbau Gehwegflächen im alten Ortsbereich, Flachdachsanieierung Grundschule Im Mandelgraben und Pestalozzischule, Restbetrag Hausmeisterwohnungsumbau sowie Heizungserneuerung Rathaus/Neue Pforte. Für die planmäßige Tilgung der Darlehen stehen 121.000 € bereit. Sofern die Grundstücksverkäufe wie vorgesehen realisiert werden, ist die Sondertilgung für ein Darlehen in Höhe von 1.100.000 € vorgesehen. Auf Grund der geschlossenen Zweckvereinbarung ist an das Rudolf-Wihr-Schulzentrum eine Investitionszuweisung von 61.000 € zu erbringen.

Nun noch einige Worte zum Personalstand:

Dieser war 1997 mit 91 Vollzeit-Stellen am höchsten, pendelte sich danach bei 85 Stellen ein und sinkt laut Stellenplan 2006 auf 77 Vollzeit-Stellen, so dass von einem andauernden Personalabbau gesprochen werden muss.

Der stößt jetzt aber an seine Grenzen.

Wenn in der Verwaltung weiterhin gute Arbeit geleistet werden soll, bedarf es einer sachgerechten Personalausstattung!

Lassen Sie mich, verehrte Damen und Herren, nun zu meinen Schlussbemerkungen kommen.

Eine Verbesserung der Finanzlage und eine Sanierung der kommunalen Haushaltssituation ist nur durch eine nachhaltige, dauerhafte Reduzierung von Standards - das sind Rechtsansprüche unserer Bürger und Einwohner, das sind Leistungen, die sie alltäglich empfangen, das sind Vorgaben des Gesetzgebers und der Rechtsprechung - zu erreichen. Standardabbau geht nicht, wenn man nicht bereit ist, Leistungen für die Bürger abzubauen, abzuschaffen oder einzuschränken.

Nur Einsparungen im Bereich der freiwilligen Leistungen gepaart mit gleichzeitiger Erhöhung der Einnahmen helfen uns weiter!

Lassen Sie mich zum Schluss - trotz mancher Meinungsverschiedenheiten und verschiedener Standpunkte in einigen wenigen Themen - allen, die zum Gelingen des Haushaltsplans 2006 beigetragen haben, herzlich danken:

- den Herren Beigeordneten Heller, Schneider und Strub
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, besonders den Abteilungsleitern,
- den Damen und Herren von CDU, SPD, FWG, FDP sowie Grünen im Gemeinderat und in den Fachausschüssen, die diesen Plan vorberaten und zur heutigen Beschlussfassung empfohlen haben.

Mit meinem Dank darf ich Sie gleichzeitig bitten, dem vorliegenden Finanzplan, Investitionsprogramm und Haushaltsplan für das Jahr 2006 zuzustimmen.

Haushaltsrede von Joachim Greiff (CDU):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ledig,
verehrte Beigeordneten Herr Heller und Herr Schneider,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
meine Damen und Herren!

Wir haben in den letzten Jahrzehnten nicht nur Ideen, sondern vor allem sehr viel Geld in die Infrastruktur Mutterstadts investiert. Sportstätten und öffentliche Gebäude entstanden, zuletzt das im Jahr 2005 eingeweihte Feuerwehrgerätehaus.

Diese Tätigkeiten haben nachhaltige Spuren in den Haushalten der Gemeinde hinterlassen, die alljährlich fraktionsübergreifend aufgezeigt und interpretiert werden.

Grundsätzliches Motto der CDU ist „sparen und trotzdem gestalten“. Danach richten wir unser politisches Handeln aus.

Wir können in diesem Jahr, bedingt durch Einsparungen und erste Grundstücksverkäufe im Neubaugebiet „Alter Damm“, wieder optimistischer in die Zukunft sehen.

Dieser vorsichtig aufkommende Optimismus über die finanzielle Zukunft der Gemeinde, ist bei der Lösung

- der katastrophalen Verkehrssituation und
- der ständigen Geruchsbelästigung

noch lange nicht in Sicht.

Deshalb möchte die CDU dies als erstes aufgreifen und dazu Stellung beziehen.

Verkehrssituation

Eigentlich könnte die CDU hier die Passage der Haushaltsrede vom 22. Februar 2005 wortwörtlich wiederholen, denn getan hat sich nichts, aber auch gar nichts.

Oggersheimer Straße

Die Tempo-Reduzierung auf 30 km in der Oggersheimer Straße im Bereich der Seniorenresidenz - als dringendste Sofortmaßnahme gefordert - ist trotz seit Oktober 2005 vorliegender Zustimmung der Polizei noch nicht realisiert. Die dort teilweise nur noch in Form von Schrammborden und Minigehwegen anzutreffenden „Fußgängerbewegungsflächen“ wurden alternativ auch nicht verbreitert.

Auch die Demonstration von ca. 100 Mutterstadter Bürgern am 16. Juli 2005 – u.a. für Tempo 30 km im Bereich der Seniorenresidenz - an der Vertreter aller im Rat vertretenen politischen Gruppierungen teilnahmen, konnte nichts bewirken.

Und weshalb nicht?

Weil die Gemeindeverwaltung seit Jahr und Tag behauptet, für Maßnahmen auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts auf klassifizierten Straßen, also Bundes-, Landes- und Kreisstraßen, innerhalb der Gemeinde nicht zuständig zu sein.

Obwohl der Verwaltung mehrmals schriftlich und mündlich von der CDU eindringlich ihre Zuständigkeit aufgezeigt wurde, beharrte sie auf ihrer Rechtsauffassung.

Erst mit Schreiben vom 22. Dezember 2005 an unser Ratsmitglied Klaus Lenz erkannte sie ihre Zuständigkeit im Prinzip an.

Da verwundert es auch nicht, dass die geforderte Erweiterung der Geschwindigkeitsbegrenzung in der Oggersheimer Straße vom Alten Rathaus bis zur Robert-Blum-Straße sowie in der Ruchheimer Straße ab Ritterstraße ortseinwärts nicht in Angriff genommen wurde.

Ganz zu schweigen ist von dem für diesen Bereich dringend erforderlichen absoluten Halteverbot. Diesem hat die Polizei noch weitergehend in Form einer einzurechtenden Sperrfläche bzw. einer baulichen Veränderung zugestimmt, da die dort geparkten Fahrzeuge die Sicht für und auf den querenden Fußgängerverkehr im Einfahrtsbereich Ruchheimer/Oggersheimer Straße erheblich mindern.

Wie konnte die CDU in ihrer Haushaltsrede des Jahres 2005 auch dann noch so vermessen sein, auf einen Umbau des Knotens Oggersheimer/Ruchheimer Straße/ nördliche Friedhofstraße/nördliche Luitpoldstraße zu hoffen, wenn nicht einmal die angeführten Minimallösungen realisiert wurden!

Das Gremium für Verkehrsfragen der Gemeinde Mutterstadt, dem auch Vertreter der Gemeindeverwaltung angehören, hat einvernehmlich mehrere Beschlüsse zur Reduzierung von Gefahrenlagen im Straßenverkehr erarbeitet. Diese werden ebenso wenig umgesetzt, wie entsprechende Anträge und Vorschläge der im Rat vertretenen politischen Gruppierungen. Nur in der Schifferstadter Straße wurden die Empfehlungen realisiert, wenn man davon absieht, dass die Sträucher und Bäume im Einmündungsbereich zur L 524 immer noch nicht zurück geschnitten wurden.

Waldstraße

Die Bewohner der Waldstraße gingen mal wieder leer aus, denn von der L 524 kann man immer noch mit 100 km/h in Richtung Ortsmitte fahren. Die ehemals aufgestellte 70 km-Beschränkung ging irgendwann irgendwie verloren und wurde nicht wie von der CDU gefordert durch eine 50 km-Beschränkung ersetzt. Auch die vereinbarte Vorversetzung der Ortstafel in Richtung Gewerbegebiet ist minimalistisch und damit wirkungslos erfolgt.

Gewerbegebiet

Auch die zum Schutz der die L 524 im Bereich Gewerbegebiet überquerenden Fußgänger und Fahrradfahrer geforderte Geschwindigkeitsreduzierung (An der Fohlenweide/Am Floßbach) von 70 auf 50 km wurde nicht realisiert. Wer zum Beispiel vom Gewerbegebiet zur in Höhe Rheinperle liegenden Bushaltestelle oder Schifferstadter Straße wechseln will, muss in Verkehrsspitzenzeiten wie ein Hase springen können.

Lkw-Durchfahrtsverbot

Wenn der Bürgermeister gebetmühlenartig seine Zuständigkeit verneint, durch Untätigkeit die Bürger und Parteien zu einer beachtenswerten Demonstration gegen den Lkw-Durchgangsverkehr veranlasst, so gibt er seinen Bürgern - damit seinem Souverän - den politischen Gruppierungen sowie dem Gemeinderat immer wieder das Gefühl der Ohnmacht und der Missachtung. So verwundert es natürlich nicht, dass auch die „Gemeinsame Resolution für die Wiederherstellung des Lkw-Durchfahrtsverbotes durch die Gemeinde Mutterstadt“, welche am 19. September 2005 von dem Bürgermeister, den drei Beigeordneten und den Vertretern der im Rat vertretenen Parteien unterzeichnet wurde, nichts bewirken konnte.

Hier hat man, um auch auf diesem Gebiet nichts unternehmen zu müssen, einen ganz raffinierten Weg beschritten. Jetzt versteckt sich der Bürgermeister sogar hinter einem Arbeitskreis des Landesbetriebes für Straßen- und Verkehr.

Unter der Überschrift „Brummi-Verkehr aus den Gemeinden verbannen – Alternativen zur Ortssperrung“ berichtete die Rheinpfalz am 25. November 2005 über die erste Sitzung einer Arbeitsgruppe unter Federführung des LSV (*Landesbetrieb Straßen und Verkehr*), in welcher auch der Rhein-Pfalz-Kreis, die Ortsgemeinden Mutterstadt, Dannstadt, Böhl-Iggelheim und die Polizei Schifferstadt vertreten sind. Das in diesem Presseartikel vorgestellte Bündel von Maßnahmen hat nach eingehender Prüfung der CDU offensichtlich nur einen Zweck:

Das Lkw-Durchfahrtsverbot für Mutterstadt muss verhindert werden.

Wie sonst ist der Eingangssatz zu verstehen, dass der LSV zu dem Schluss gekommen ist, ein erneutes Lkw-Durchfahrtsverbot in den Gemeinden des mittleren Rhein-Pfalz-Kreises zunächst nicht ins Auge zu fassen. Wie sonst sind auch die vorgestellten Maßnahmen zu verstehen, welche allesamt nicht zur Problemlösung, sondern zur Verlängerung und vielleicht sogar zur Verschlimmerung des Lkw-Problems in Mutterstadt beitragen.

Die „Straßendetektive“ der Hersteller von Navigationssystemen mal darauf anzusprechen, in ihren elektronischen Wegbeschreibungen von den Ortsdurchfahrten abzuraten, ist genauso illusionistisch wie von angesprochenen Speditionsverbänden zu erwarten, dass diese aus reiner Menschenfreundlichkeit Ortsdurchfahrten meiden und teure Umfahrungen wählen.

Noch unrealistischer ist der Gedanke, dass die Gemeinden auf Lkw-Fahrer aus ganz Europa zugehen und ihnen Unterlagen in englischer, französischer, spanischer oder sonstiger Sprache in die Hand drücken sollen, aus denen sich die regionalen Umfahrungsmöglichkeiten ergeben. Das dürfte in Mutterstadt doch wohl nur an den beiden ampelgeregelten Kreuzungen in der Ludwigshafener Straße während der Rot-Phase möglich sein und dann sind die Lkw schon mitten in der Gemeinde.

Taktisch klug hat man zudem drei betroffene Gemeinden unter einen Hut gesteckt, deren Probleme mit Sicherheit nicht nur im Detail sehr verschieden sind. Ein gemeinsamer Lösungsansatz wird dann Jahre auf sich warten lassen, zumal der Bürgermeister von Böhl-Iggelheim durch die Nichteinrichtung eines Lkw-Durchfahrtsverbotes bessere Karten hinsichtlich der Verwirklichung der Westumgehung zu haben glaubt. Dass man eine Lösung noch weiter hinauszögern will, ergibt sich aus den Aussagen, dass selbst die Kreisebene zu klein sei und eine Verkehrserhebung im großen Stil erforderlich sei, wofür man sich Unterstützung des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz erhofft.

Verkehrserhebung

Diese Verkehrserhebung erübrigt sich aus unserer Sicht für Mutterstadt: Denn die Agenda 21 hat im Oktober 2005 eine sehr professionell durchgeführte und ebenso professionell ausgewertete Zählung vorgenommen, deren Ergebnis öffentlich vorgestellt wurde. Wir haben diese Zählung ebenfalls ausgewertet und kommen genauso wie die Agenda 21 in deren Pressebericht zu dem Schluss, dass Mutterstadt nicht in erster Linie vom Lkw- Anliegerverkehr sondern vom LKW-Durchgangsverkehr betroffen ist. Werktags zwischen 06.00 und 21.00 Uhr fahren ein Drittel von 160 Lkw ab ca. 3,5 Tonnen (*Lkw ohne Sprinter/Klein-Lkw etc.*) komplett von Ost nach West durch Mutterstadt hindurch.

Noch deutlicher ist der Anteil des Durchgangsverkehrs aus Richtung Norden (*Ruchheim und Oggersheim*) in Richtung Süden (*Limburgerhof/Gewerbegebiet*):

151 Lkw fahren in die Gemeinde ein und

117 Lkw verlassen die Gemeinde,

was einem Anteil von ca. 77 % entspricht. Mehr als ¾ der Lkw fahren also komplett von Norden nach Süden durch die Gemeinde hindurch.

Noch deutlicher lässt sich nicht belegen, dass es sich hier fast ausnahmslos um Durchgangsverkehr handelt. Niemand wird behaupten können, dass die nur noch wenigen Geschäfte im Ortskern von Mutterstadt von 151 Lkw beliefert werden müssen, auch nicht von den 34 verbleibenden Lkw, welche im Ort in Richtung Osten und Westen abbiegen.

Auch sind die rechtlichen Hürden für ein Lkw-Durchfahrtsverbot nicht so hoch, wie es in einer Presseerklärung des Kreises zum Ausdruck kommen soll. Wieso konnte ein solches Verbot dann für die B 9 zwischen Mainz und Worms und für die Ortsdurchfahrt Frankenthal verfügt werden?

Wirksamkeit von Verkehrszeichen

Gänzlich an der Realität vorbei geht auch die Aussage des Leiters des LSV „*Das Aufstellen von Schildern nur um die Leute zu beruhigen, ist nicht unser Ding*“. Denn sie unterstellt die Unwirksamkeit von Verkehrszeichen.

Fakt ist, dass die an der B 9 zwischen Mainz und Worms aufgestellten Lkw-Verbotszeichen zu einer drastischen Reduzierung des Lkw-Verkehrs geführt haben, nachdem die Polizei zu Beginn der Verbotsaktion massiv kontrollierte. Ebenso spürbar war die Reduktion des Lkw-Verkehrs auf der L 523 in Frankenthal. Mautflüchtlinge sind dort kaum noch feststellbar.

Verkehrszeichen wirken also durchaus, insbesondere dann, wenn unmittelbar nach deren Aufstellung massiv und medienwirksam von der Polizei kontrolliert wird. Allerdings müssen die Lkw-Fahrer schon auf dem übergeordneten Straßennetz darauf hingewiesen werden, dass eine Ortsdurchfahrt für den Lkw-Verkehr gesperrt ist.

Eine Beschilderung des übergeordneten Straßennetzes ist natürlich eine teure Angelegenheit, das sollte uns allerdings die Gesundheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger wert sein.

Wir erwarten, dass unser Bürgermeister sich für die Interessen unserer Bürger einsetzt.

Forderung der CDU:

Wir fordern ja kein Lkw-Durchfahrtsverbot schon für Lkw ab 3,5 Tonnen. Denn das sind diejenigen, welche neben den Sprintern und Klein-Lkw fast ausnahmslos die Geschäfte im Ortskern beliefern.

Wir fordern ein Lkw-Durchfahrtsverbot für die schweren Lkw ab 7,5 Tonnen, welche Lärm, Ruß, Feinstaub erzeugen, unsere Straßen zerstören, die darunter liegende Kanalisation gefährden und eine Gefahr für Fußgänger und Radfahrer in unseren engen Straßen darstellen - Straßen, die zum Teil nicht einmal ausreichende Fußgängerwege aufweisen.

Wir fordern also nichts rechtlich Unmögliches.

Wir fordern auch nichts tatsächlich Unmögliches, denn Mutterstadt ist für schwere Lkw rundum auf der B 9, der A 65 und der A 61 umfahrbar. Für die sehr wenigen schweren Lkw, welche Firmen im Mutterstadter Ortskern beliefern müssen, kann man Ausnahmegenehmigungen erteilen.

Als Ausdruck unserer Entschlossenheit überreichen wir Ihnen, Herr Bürgermeister Ledig, nun ein Lkw-Durchfahrtsverbotsschild. Denn das Lkw-Durchfahrtsverbot muss dringend für Mutterstadt kommen. Wir lassen uns nicht auf den Sankt Nimmerleinstag vertrösten.

Medardusring/Anbindung Pfalzmarkt

Seit der Öffnung des Neubaugebiets „Alter Damm“ besteht die Möglichkeit, den Ortskern von Mutterstadt lückenlos über den Medardusring aus Richtung Ruchheim bzw. Ludwigshafen zu umfahren.

Für die Anwohner des Medardusrings ist damit die Verkehrssituation durch

- massiven LKW-Verkehr, der zum Pfalzmarkt fährt
- zunehmenden PKW-Verkehr, der ungehindert durch die Straßen rast
- großes Aufkommen von landwirtschaftlichem Verkehr, der ab 4:00/4:30 Uhr mit schwerem Gerät durch die Straße fährt
- rücksichtslose Fahrradfahrer, die im alten Teil der Straße den reinen Gehweg als Fahrradweg umnutzen

unerträglich geworden.

Wir brauchen auch für hier dringend

- die Wiederherstellung des LKW-Durchgangsverbots durch die Gemeinde Mutterstadt
- den verkehrsberuhigenden Umbau des Medardusrings durch beispielsweise Grünanlagen (Fortführung bzw. Lückenschluss der Baumalleen)
- den zügigen Ausbau der Landwirtschaftlichen Nutzwege aus Richtung Ruchheim zum Pfalzmarkt.

Es muss doch endlich im Interesse aller unserer Mitbürger eine Lösung für die Anbindung an den Pfalzmarkt durch Ausbau von Feldwegen möglich sein!

In diesem Zusammenhang ist u.a. auch der Ausbau der Schönesbrücke zu sehen.

Die Lösung ist überfällig.

Geruchsbelästigung

Die durch die Bürger vielfach vorgetragenen und berechtigten Beschwerden über Geruchsbelästigungen wurden und werden von der CDU ernst genommen und immer wieder thematisiert. Ziel unserer Politik und Gespräche war es, die Verursacher der Geruchsemissionen zu sensibilisieren, damit sie Lösungen suchen, Verbesserungen auf den Weg bringen.

Wir wissen alle, dass ordnungsrechtliche Richtwerte und damit zulässige Grenzwerte häufig nicht das Maß bedeuten, welches den Bürgern zugemutet werden soll. Bezüglich der Geruchsbelästigungen wird das besonders deutlich. Man könnte z. B. folgende Rechnung aufmachen:

Die Richtwerte erlauben, dass es jede 10. Stunde, d.h. im Durchschnitt zweimal pro Tag oder an jedem 10. Tag stinken darf. Geht man davon aus, dass der Winter aus natürlichen Gründen eine Zeit deutlich geringerer Emissionen ist, dürfte im Sommer die Quote der Geruchsbelästigungen entsprechend höher sein. Das heißt, es dürfte im Sommer an jedem Samstag stinken.

Unser Fazit also: 10 % zulässige Geruchsbelästigung sind für die CDU, sind für die Bürger - und auch wir sind Bürger - kein akzeptabler Wert.

In der Vergangenheit und aktuell gab und gibt es mehrere Quellen der Geruchsbelästigung. Eine Firma hat durch technische Maßnahmen offensichtlich die Höhe der Emissionen verringern können. Die Kompostieranlage wird naturgemäß im Freien betrieben, so dass gewisse Emissionen wohl nie ausgeschlossen werden können. Doch dürfen die Bürger erwarten, dass der Betreiber durch veränderte Methoden und Einsatz neuer technischer Verfahren alle Anstrengungen unternimmt, die Geruchsbelästigungen zu verringern.

Auch die von der Dannstädter Raststätte ausgehenden Gerüche müssen verhindert werden.

Daher unsere Forderung: In dem Dreieck Verursacher, Gemeindeverwaltung - auch Gemeinderat - und übergeordnete Behörden müssen alle sich an einen Tisch setzen und an einem Strang ziehen, um Lösungen zur Verringerung der Geruchsbelästigungen zu finden.

Kommen wir nun zur finanziellen Situation der Gemeinde:

Verschuldung

Für das Haushaltsjahr 2006 ist keine erneute Kreditaufnahme vorgesehen. Es sollen sogar Darlehen in Höhe von 1.221.000,00 € getilgt werden. Diese Tatsache für sich genommen, ist in der heutigen Zeit schon eine Sensation.

Wenn da nicht die Altschulden der Gemeinde wären, die sich Anfang Januar auf 4.216.000,00 € belaufen. Weitere 6.413.000,00 € Schulden weist der Wirtschaftsplan des Palatinums und 2.154.000,00 € die Abwasserbeseitigungseinrichtung aus.

Zusammengerechnet ergibt dies einen Schuldenberg von 12.783.000,00 €.

Das sind pro Einwohner um die 1.000,00 €. Die Zinslast beläuft sich auf über eine halbe Million Euro im Jahr.

Mutterstadts „Tafelsilber“

Die Rücklagen der Gemeinde zum Ende des Jahres 2006, die sich u.a. aus dem Sparkassenbrief (Fälligkeit 20.05.2006), einem gewährten Darlehen (Fälligkeit 29.12.2006) und den Stückaktien der Pfalzwerke AG ergeben, belaufen sich voraussichtlich auf 7.008.632,55 €.

Die CDU macht sich in diesem Zusammenhang dafür stark, dass frei werdendes Geld - durch eine erneute Anlage - als finanzieller Gestaltungsspielraum für nachfolgende Generationen erhalten bleibt. Voraussetzung ist aber, dass wir durch eine Neuanlage einen höheren Zins erhalten, als wir für die Darlehen aufbringen müssen.

Grundvermögen

Aus Grundstückserlösen im Neubaugebiet „Alter Damm“ werden wir im Haushaltsjahr 2006 Einnahmen von 1.200.000,00 € erzielen, die uns schon jetzt vertraglich zugesichert sind. Weitere 4.500.000,00 € hoffen wir bei günstiger konjunktureller Lage bis zum Jahr 2009 einzunehmen.

Durch den Verkauf von innerörtlichen Flächen sollen zusätzlich in diesem Jahr 510.000,00 € und bis 2009 weitere 1.500.000,00 € eingenommen werden.

So sollte das Emmerich-Haus nach dem Auszug der Feuerwehr im vergangenen Jahr so schnell wie möglich verkauft werden. Deshalb wurde ein Wertermittlungsgutachten erstellt, um fundierte Verhandlungen mit eventuellen Käufern möglichst rasch führen zu können.

Das dringend benötigte und seit Jahren von der CDU geforderte Nutzungs- und Vermarktungskonzept für gemeindeeigene Grundstücke, beispielsweise für das benachbarte Geländeareal in der Oggersheimer Straße 42ff, fehlt leider immer noch. Ein durchdachtes Konzept bleibt die Bauverwaltung also schuldig.

Folgende Themen waren ebenfalls Gegenstand unserer diesjährigen Haushaltsberatung:

Bolzplatz Am Speyerer Weg

Der Bolzplatz Am Speyerer Weg zeigt nach ca. 25-jährigem Gebrauch deutliche Abnutzungserscheinungen.

Neben Verkrautung in den Ecken sind es vor allem die Gefälleverhältnisse, welche den Platz nach starkem Regen für längere Zeit unbespielbar machen. So bleibt gerade in der Platzmitte das Wasser am längsten stehen.

Deshalb ist dringender Handlungsbedarf gegeben.

Feuerwehr

Das neue Feuerwehrgerätehaus ist ohne Zweifel ein sehr gelungenes Bauwerk. Damit nicht nur das Domizil, sondern auch die technische Ausstattung den speziellen Anforderungen an unsere Freiwillige Feuerwehr entspricht, sind 75.000,00 € für einen Fahrzeugankauf vorgesehen. Weitere 180.000,00 € sollen noch in den nächsten drei Jahren in Fahrzeuge investiert werden.

Die CDU möchte sich bei allen aktiven Mitgliedern unserer Wehr für ihren vorbildhaften und dem Gemeinwohl dienenden Einsatz recht herzlich bedanken.

Palatinum

Die Verwaltung ist im zurückliegenden Jahr in folgenden Sachverhalten aktiv geworden:

- die personellen und organisatorischen Zuständigkeiten durch eine Betriebssatzung klar festzulegen
- die Vernetzung zur Gemeindeverwaltung zu verbessern
- eine personelle Regelung bzgl. des Kartenvorverkaufs herbeizuführen und
- ein zeitnahes Kostencontrolling einzuführen.

Dafür gilt Ihnen Herr Heller, als zuständiger Beigeordneter, und Ihnen Herr Hammer, als Werkleiter, unser herzlicher Dank.

Zwei Handlungsfelder bleiben damit noch offen auf unserer Agenda:

- die Kundenbindung zu stärken und damit die Auslastung zu steigern
- die Zusammenarbeit mit der Firma Salten-Gastspiele vertraglich neu zu regeln.

Die CDU ist zuversichtlich, dass die Verwaltung auch diese Punkte noch aktiv angehen wird.

Terrassenbelag Palatinum

Die Verwaltung hat im Wirtschaftsplan des Palatinums 127.000,00 € für die Erneuerung des Terrassenbelags eingestellt.

Es fehlt leider immer noch die genaue Gegenüberstellung der in Frage kommenden Beläge mit Kosten und Folgekosten durch das Bauamt, die dann Grundlage für unsere Beratung ist.

An einer raschen Entscheidung hätten wir großes Interesse.

Bibliothek

Für unsere Bibliothek muss auch zukünftig Folgendes gelten:

- der aktuelle Standard soll erhalten bleiben
- das Angebot soll sich am ändernden Bedarf orientieren
- neue Medien und Datenträger sollen berücksichtigt werden.

Die CDU ist der Meinung, dass dies Frau Bauer und ihr Team durch ihre kreative und vorbildliche Arbeit bereits umgesetzt hat. Das dies mit den verfügbaren Mitteln nicht immer leicht ist, ist uns bewusst.

Jugendtreff

Der Jugendtreff kostet die Gemeinde Mutterstadt im Jahr 162.150,00 €.

Die CDU begrüßt sehr, dass die Mitarbeiter des Jugendtreffs die pädagogische Leitung für die Ortsranderholung der AWO im Sommer 2005 in der Walderholungsstätte übernommen haben. In diesem Zusammenhang hoffen wir, dass dieser Einsatz auch in den folgenden Jahren erfolgreich fortgesetzt werden kann.

Der Wunsch der CDU nach einer stärkeren Vernetzung des Jugendtreffs mit den Mutterstadter Vereinen und Schulen bleibt unverändert.

Jugendvertretung

Eine aktive Jugendvertretung in Mutterstadt lag und liegt der CDU immer am Herzen.

Deshalb freuen wir uns, dass die Verwaltung endlich die Jugendvertretung zu allen öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse einlädt.

Von den Mitgliedern, die zukünftig bis zu einem Alter von 20 Jahren wählbar sind, erhoffen wir uns eine stärkere personelle Kontinuität.

Unser Dank gilt allen engagierten Mitstreitern in unserer Jugendvertretung, insbesondere ihrer Vorsitzenden Frau Kathrin Hammer.

Kinderspielplätze

Für die Erneuerung der Kinderspielplätze sind 20.000,00 € vorgesehen.

In diesem Zusammenhang möchte die CDU an ihre Forderung erinnern, dass ein Kinderspielplatzkonzept für den gesamten Ortsbereich unter Einplanung einer Spielplatzfläche in der Nähe des Palatinums vorzulegen sei. Erst nach Verabschiedung des Konzepts, das die Verwaltung nach zweijähriger Verschleppung im Dezember 2005 endlich vorlegen wollte, sind sinnvolle Investitionen in den Erhalt und Ausbau möglich. Leider liegt uns dieses immer noch nicht vor.

Südspange

Klagen von nassen Kellern und feuchten Häuserwänden sind uns in Mutterstadt all gegenwärtig. Wir brauchen deshalb dringend die nachhaltige Entwässerung unserer Gemarkung über die Südspange. Hierfür sind allein in diesem Jahr 78.000,00 € im Haushalt bereitgestellt.

Die CDU unterstützt alle Initiativen, die zum Ziel haben, dass endlich ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet und dann mit dem Bau begonnen werden kann.

Indikatoren für ein nachhaltiges Mutterstadt

Bei der Auswahl der Indikatoren im letzten Jahr hat sich die Verwaltung maßgeblich an unserem Vorschlag orientiert. Dieser berücksichtigte umweltbezogene, wirtschaftliche und soziale Aspekte.

Es sind nun jährlich Daten zu erheben und bei künftigen Entscheidungen zu beachten.

Wir nehmen Sie Herr Bürgermeister Ledig, was die kontinuierliche Fortschreibung der Indikatoren anbetrifft, beim Wort.

Der Agenda 21 möchten wir für die Vorbereitung und für die Bereitschaft, diesen nachhaltigen Prozess weiterhin zu begleiten, recht herzlich danken.

Kommunaler Heizspiegel für Mutterstadt

Die Nachhaltigkeit spielt auch bei unserer Forderung, einen kommunalen Heizspiegel für Mutterstadt zu erstellen, eine zentrale Rolle.

Die „Arbeitsgruppe CO₂“ erstellt - nach unserer Information kostenfrei - Heizspiegel für Städte und Gemeinden.

Ziel dieser Aktion ist es, dem interessierten Bürger einfache Hilfestellung bzgl. der Entscheidung zur Investition in neue Heizungstechniken zu geben. Dem Bürger wird dabei dargestellt, wann sich diese Investition für ihn lohnt.

Die CDU-Fraktion hält diese Aktion für sinnvoll und bittet die Verwaltung sich dieser Sache anzunehmen, auch im Hinblick auf die gemeindeeigenen Immobilien.

Partnerschaftsverein

Sehr rühmig ist unser Partnerschaftsverein. Es ist ihm gelungen, innerhalb weniger Jahre mit Praszka und Oignies unserer Gemeinde zu zwei interessanten Partnergemeinden zu verhelfen. Regelmäßige, gegenseitige Bürgerreisen von beiden Seiten und die Anwesenheit von Vertretern der Partnergemeinden bei unserer Kerwe und auf dem Weihnachtsmarkt sind ebenso Ausdruck der wachsenden Partnerschaften wie der gegenseitige Schüleraustausch. Wir gratulieren Herrn Kuch und dem Verein zu diesem erfreulichen Wirken und wünschen der kommenden Bürgerreise nach Praszka im Mai erneut einen vollen Erfolg.

Herr Bürgermeister ein persönliches Wort:

Es wirkt auf uns befremdlich, dass Sie noch nicht in Oignies waren - wie muss dies erst auf unsere Partnergemeinde wirken?

Sie müssten doch mit bestem Beispiel vorangehen.

Schulen

Die von uns geforderte Sanierung der Toilettenanlage in der Pestalozzi-Grundschule ist endlich mit 4.000,00 € vorgesehen. Weitere 70.000,00 € sind für die Flachdachsanierung in der Grundschule im Mandelgraben und für die Pestalozzi-Schulsporthalle eingeplant.

Friedhofserweiterung

Nach Aussage der Verwaltung besteht in wenigen Jahren ein konkreter Platzbedarf. Deshalb werden für die Erweiterung des Friedhofs vorsorglich 20.000,00 € eingestellt.

Rathausparkplatz

Witterungseinflüsse wie Regen und Schnee, die in der Vergangenheit zum Aufweichen des Geländes führten, machen die Restbefestigung des Rathausparkplatzes unbedingt erforderlich. Für diese Maßnahme sind 45.000,00 € eingeplant.

Radweg Mutterstadt – Limburgerhof entlang der L533

Die derzeitige Situation, die wir jeden Morgen entlang der L533 erleben, ist untragbar. Besonders bei den Sichtverhältnissen im Winter besteht dort ein enormes Gefährdungspotential für jeden einzelnen Fahrradfahrer, insbesondere für viele Kinder.

Die möglichst rasche Realisierung des Radwegs hängt derzeit von der Finanzierungszusage des Landes ab.

Wie uns mitgeteilt wurde, kann das Vorhaben leider nicht nachträglich in das Bauprogramm des Landes Rheinland-Pfalz für das Jahr 2006 aufgenommen werden. Frühestens im Zuge der Aufstellung und Beratung über den kommenden Haushalt 2007/2008 und unter Berücksichtigung der dann für den Straßenbau verfügbaren Mittel, können wir eventuell auf eine Zusage hoffen.

Es wäre schlimm, wenn diese Gelder nicht zu beschaffen wären.

Unser Fazit:

Deshalb spricht sich die CDU für eine Vorfinanzierung des Radwegs durch die Gemeinde in diesem Jahr aus, wenn eine Finanzierungszusage für das Jahr 2007 durch das Land vorliegt.

Allen Mitarbeitern der Verwaltung, die an der Erstellung des vorgelegten Haushaltsplanentwurfs beteiligt waren, insbesondere Herrn Hammer, gilt unser herzlicher Dank.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion stimmen der vorliegenden Fassung des Haushaltes der Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2006 zu. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Hannelore Klamm (SPD):

Wie in jedem Jahr hat der Gemeinderat auch in diesem Jahr die Aufgabe, eine Haushaltssatzung mit einem Haushaltsplan, der die Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Gemeinde bildet, zu erlassen. So liegt uns heute der Haushaltsplan der Gemeinde Mutterstadt für das Haushaltsjahr 2006 zur Verabschiedung vor.

Die SPD-Fraktion hat sich wie in jedem Jahr intensiv mit dem Haushalt beschäftigt und hat - dies sei vorausgeschickt - keine Bedenken an dem umfangreichen Zahlenwerk. Die SPD-Fraktion ist froh und erleichtert, dass der Haushalt ausgeglichen ist und dass sich die finanzielle Situation der Gemeinde nach Lage der Dinge in den kommenden Jahren verbessern wird.

Dazu beitragen wird das Greifen der Reformen der alten Bundesregierung, das sich abzeichnende wenn auch noch langsame Anziehen der Wirtschaft, das Steigen der Gewerbesteuererinnahmen und der Lohn- und Einkommensteueranteile.

Dazu kommt, dass sich die Stimmung der Menschen in Deutschland verglichen mit den Umfragen in den vergangenen Jahren, verbessert hat. Dies wird hoffentlich zu einem Ansteigen der Binnenkonjunktur beitragen. Davon werden nicht nur der Bund und die Länder sondern auch die Kommunen profitieren. Es ist deshalb nicht mehr unrealistisch, dass die im Haushaltsplan 2006 eingestellten Beträge in Höhe von rund 1,7 Mio. € für den Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken innerorts und im Neubaugebiet „Alter Damm“ in diesem Jahr auch verwirklicht werden können. Dies wäre tatsächlich das „Licht am Ende des Tunnels“ und Gemeinde und Gemeinderat hätten wieder Gestaltungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde. Diese Gestaltungsmöglichkeiten brauchen wir, um unsere Gemeinde fit zu machen für die Zukunft. Da nach den demographischen Vorhersagen auch wir in Mutterstadt eine negative Entwicklung zu erwarten haben, müssen wir alles tun, um den Standort Mutterstadt gerade für junge Familien attraktiv zu machen. Dazu gehört das Umsetzen des im Dezember vom rheinland-pfälzischen Landtag beschlossenen Gesetzes zum Ausbau der frühkindlichen Förderung, mit dem Betreuung und Bildungschancen im vorschulischen Bereich verbessert, soziale Benachteiligung bei den Bildungschancen abgebaut und vor allem junge Familien gezielt unterstützt

werden. Durch das rheinland-pfälzische Programm „Zukunftschance Kinder - Bildung von Anfang an“ wird die Sprachförderung und die Schulvorbereitung wesentlich verstärkt, die Kindergartengruppen für zweijährige geöffnet und die Eltern vom Kindergartenbeitrag im letzten Kindergartenjahr freigestellt. Dazu gehört auch ein Ganztagschulangebot in einer der beiden Grundschulen wie es in Dannstadt bereits praktiziert wird und in Limburgerhof und Schifferstadt im kommenden Schuljahr eingeführt wird. Dies ist für diese Gemeinden inzwischen ein Standortvorteil, den Mutterstadt leider nicht hat.

Wir bedauern das gerade im Hinblick auf den steigenden ganztägigen Betreuungsbedarf in jungen Familien aber auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung.

Ein gutes Angebot in den Kindertagesstätten und ein Ganztagschulangebot ist für junge Ehepaare auch ein Anreiz, sich für Kinder zu entscheiden. Diese brauchen wir in einer immer älter werdenden Gesellschaft und wir sollten auch in unserer Gemeinde alles dafür tun, um die besten Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Die Verbesserung der Haushaltssituation ist aber nicht nur den verbesserten Rahmenbedingungen in Deutschland und dem voraussichtlichen Verkauf von Grundstücken zu verdanken. Sie ist auch dem Gemeinderat zu verdanken, der immer wieder Sparsamkeit reklamiert und Konsolidierungsmaßnahmen gefordert hat. Die Verbesserung der Haushaltssituation der Gemeinde ist aber auch - und da freue ich mich, dies erstmals in meiner Haushaltsrede sagen zu können - der Gemeindeverwaltung zu verdanken. Insbesondere möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei dem Leiter der Finanzabteilung, Herrn Hammer, und seiner Mitarbeiterin, Frau Helm, bedanken. Sie haben dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Zu dieser Verbesserung hat auch das jahrelange Fordern eines Personalkonzeptes beigetragen. Während über viele Jahre das ständige Steigen der Personalkosten moniert wurde, sieht die SPD-Fraktion in diesem Jahr dazu keinen Anlass mehr. Durch sinnvolle Umstrukturierungen innerhalb der Verwaltung wurde endlich das stetige Ansteigen der Personalkosten gebremst. Sicher gibt es nichts, was man nicht noch verbessern könnte. Doch wenn wir als Gemeinderat motivierte Beschäftigte in der Verwaltung wollen, wenn wir die Verwaltung als Bürgerservice wollen, dann dürfen wir den Beschäftigten nicht nur immer mehr Arbeit „auf das Auge drücken“ und immer mehr fordern, sondern müssen ihnen Luft zum Atmen lassen. Nur so können wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter motivieren, ihre Arbeit unter den veränderten Rahmenbedingungen in dem „Dienstleistungsunternehmen Gemeindeverwaltung“ zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger zu verrichten.

In diesem Jahr werden unsere Festgeldanlagen von rund 5,6 Mio. € fällig. Über so viel Geld, über das wir in Mutterstadt verfügen, würde sich so manche Gemeinde in unserem Landkreis freuen, die auch in diesem Jahr noch einen unausgeglichene Haushalt ausweist. Dies zeigt aber auch, dass die Finanzsituation unserer Gemeinde besser ist als in vielen anderen Gemeinden und sich nicht in einer drastischen Schieflage befindet, wie dies am 8. Dezember 2005 in einem Rheinpfalz-Interview mit dem Vorsitzenden der FWG, Ingo Preuss, behauptet wurde. Diese Richtigstellung erscheint uns - auch im Sinne des wachsenden Kontrollgremiums Gemeinderat und einer unberechtigten Verunglimpfung unserer Heimatgemeinde wichtig. Wir - der Gemeinderat und die Verwaltung - werden uns rechtzeitig überlegen müssen, was mit dem freiwerdenden Geld zu tun ist.

Erneute Festanlage des gesamten Betrages oder nur noch Anlage eines Teilbetrages und einen Teil zur Schuldentilgung oder für Investitionen nutzen, um die Infrastruktur weiter zu verbessern und dadurch Arbeitsplätze bei den ausführenden Firmen zu erhalten bzw. zu schaffen? Diese Entscheidung werden wir in absehbarer Zeit und nach ausführlichen Beratungen zu treffen haben.

Doch trotz der verbesserten Ausgangssituation in diesem Jahr dürfen wir den Sparwillen nicht aufgeben, sondern müssen die begonnenen Konsolidierungsmaßnahmen fortsetzen. In diesem Zusammenhang spreche ich erneut die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Kommunen im mittleren Rhein-Pfalz-Kreis an, die die SPD seit Jahren fordert. Die interkommunale Zusammenarbeit ist grundsätzlich nicht neu, sondern hat sich in vielen Kommunen bereits in der Vergangenheit bewährt. Bereits zum Haushalt 2003 hatte die SPD-Fraktion Anträge mit Vorschlägen eingebracht, getan hat sich aber - wenn überhaupt - wenig. Die demographische Entwicklung mit einer immer älter werdenden Gesellschaft und einer sich verringerten Einwohnerzahl wird allerdings den Problemdruck in den nächsten 20 - 30 Jahren spürbar erhöhen. Die interkommunale Zusammenarbeit bietet jedoch Möglichkeiten, diesen Druck als positive Energie zu nutzen und auf freiwilliger Basis zukunftsfähige Strukturen einzurichten. Diese zukunftsfähigen Strukturen brauchen wir, wenn wir die Qualität unserer freiwilligen Leistungen wie Gemeindebibliothek, Seniorentagesstätte, Sportpark, Jugendtreff, Walderholung, Neue Pforte, Haus der Vereine und Palatinum sowie die Vereinszuschüsse für unsere Bürgerinnen und Bürger aufrechterhalten wollen.

Und dies wollen wir und darauf sind wir stolz.

Lassen Sie mich jetzt auf weitere wesentliche Punkte zum Haushalt und der Gemeindepolitik kommen.

Indikator Energie

EU-Richtlinien lösen nicht immer Begeisterung aus. Dennoch gibt es auch viele sinnvolle Richtlinien. Eine dieser sinnvollen Richtlinien ist die Richtlinie „Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden“, die ab 2006 die Einführung von Energiepässen auch für öffentliche Gebäude vorsieht.

Der Energiepass wird die Transparenz über den Energieverbrauch von Gebäuden erhöhen und so die Erschließung wirtschaftlicher Energiesparpotentiale im Gebäudebestand beschleunigen.

Investitionen in die Energieeffizienz können die Kosten für Öl, Gas und Strom senken und den Ausstoß von klimaschädigenden CO₂-Werten reduzieren. Die SPD-Gemeinderatsfraktion beantragt daher, dass in Zusammenarbeit mit der Transferstelle Bingen die Einsparpotentiale in unseren öffentlichen Gebäuden ermittelt und diese Erkenntnisse umgesetzt werden. Dies ist im Sinne der vom Gemeinderat anerkannten wichtigsten Indikatoren, die unsere lokale Agenda für Mutterstadt erarbeitet hat.

Grundwasser

Dieses Thema beschäftigt uns seit mehreren Jahren und wird uns auch noch einige Zeit begleiten. Dennoch ist nun endlich eine für uns alle akzeptable Lösung in Sicht. Nachdem die vom Gewässerzweckverband Isenach-Eckbach vorgeschlagene „Südspange Variante 2“ zur besseren Wasserableitung von vielen Mutterstadter Bürgerinnen und Bürgern abgelehnt wurde, beantragte die SPD-Fraktion die eingehende Prüfung der Variante 1 als sinnvolle Alternative. Diese Variante geht entlang der Anbindung der L524 an die B9 und dann weiter entlang der B9 in Richtung Rehbach. Durch die Variante 1 wird der Mutterstadter Wald nicht berührt. Dies ist inzwischen geschehen und für gut befunden worden.

In der von der SPD Mutterstadt veranstalteten und gut besuchten Versammlung zum Thema Südspange erklärte der Verbandsvorsteher des Gewässerzweckverbandes, Bürgermeister Klaus Huter, dass er bereits mit dem Landesbetrieb Straßen und Verkehr in Speyer Kontakt aufgenommen habe, um den Bau der Südspange mit dem Bau der Anbindung der L524 an die B9 zu verbinden. Der Erdaushub für die Südspange kann für den Bau der Straße verwendet werden und spart somit Kosten für beide Projekte. Er geht außerdem davon aus, dass mit dem Planfeststellungsverfahren im Sommer dieses Jahres begonnen werden kann. Dies bedeutet, dass - vorausgesetzt, dass es keine Klagen gegen die Südspange gibt - im Herbst nächsten Jahres voraussichtlich mit dem Bau der Südspange begonnen werden kann. Da das Land Rheinland-Pfalz 80 Prozent der Baukosten trägt und diese Mittel bereit stehen, ist die Finanzierung gesichert. Danach können wir auch in Mutterstadt die lokalen Maßnahmen zur Verbesserung des hohen Grundwasserstandes durchführen, um den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zu helfen. Dabei ist erfreulich, dass auch hier ein Landeszuschuss zu erwarten ist.

Feuerwehrgerätehaus

„Was lange währt, ist nun endlich gut!“ Wir haben ein neues Feuerwehrgerätehaus und es ist das modernste in Rheinland-Pfalz. Endlich kann die Freiwillige Feuerwehr sicher ihren Aufgaben nachkommen und die Sicherheit der Mutterstadter Bürgerinnen und Bürger noch besser gewährleisten. Dass es auch den Bürgerinnen und Bürgern ein Anliegen war, zeigte sich bei der Einweihung. Die Gemeinde hatte eingeladen und Tausende kamen. Dies war ein guter Tag für Mutterstadt. Erfreulich ist, dass nun auch für die Jugendfeuerwehr

geeignete Räume vorhanden sind und die Jugendfeuerwehr sich eines wachsenden Zuspruchs erfreuen kann. Unsere Feuerwehr leistet damit eine ehrenamtliche Jugendarbeit, für die es zu danken gilt. Sie vermittelt den jungen Menschen soziale Kompetenz und trägt zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung bei.

Für uns Gemeinderäte ist aber auch die Feststellung erfreulich, dass die veranschlagten Baukosten nicht überschritten wurden. Dies ist beim Bau von größeren Gebäuden nicht immer so. Unser Dank gilt allen an der Planung und am Bau Beteiligten für dieses gute Management.

Geruchsbelästigung

Unerträglicher Geruch geht inzwischen der Mehrheit der Mutterstadter Einwohner auf die Nerven. Diese Belästigungen können nicht mehr hingenommen werden, sondern es muss schnellstens Abhilfe geschaffen werden. Der nächste Sommer kommt bestimmt und es muss den Bürgerinnen und Bürgern wieder möglich sein, die Fenster zu öffnen oder die Terrasse zu benutzen. Im vergangenen Sommer war dies sehr oft nicht möglich. Die SPD-Fraktion sieht neben der SGD Süd auch den Kreis in der Pflicht tätig zu werden. Die SPD-Fraktion hatte im Jahr 1991 dem Verkauf des Geländes für die Kompostieranlage nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die Kompostieranlage ständig überwacht wird und dass bei einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung keine Geruchsbelästigungen entstehen. Dies wurde von der Kreisverwaltung zugesichert und ist in den Gemeinderatsprotokollen nachzulesen. Der Rhein-Pfalz-Kreis liefert nun seit Jahren den gesamten Bio- und Grünabfall des Kreises nach Mutterstadt. Dies ist in Ordnung, aber es kann nicht angehen, dass wir für den gesamten Landkreis die dadurch entstehenden Geruchsbelästigungen auf uns nehmen. Die SPD-Fraktion hat - auch mit Verweis auf die Zusagen der Kreisverwaltung im Jahr 1991 - Bürgermeister Ledig gebeten, mit dem zuständigen Kreisbeigeordneten Kontakt aufzunehmen mit dem Ziel, dass durch bauliche oder verfahrenstechnische Änderungen die unerträglichen Geruchsbelästigungen ein Ende haben.

Verkehr

Die innerörtliche Verkehrsberuhigung ist seit vielen Jahren eines der Hauptanliegen der SPD-Fraktion. Viele Anträge wurden von uns gestellt, dies ist in den alten Gemeinderatsprotokollen nachzulesen. Doch nicht immer fanden diese im Gemeinderat eine Mehrheit. Umso erfreulicher ist es, dass inzwischen alle Fraktionen das uns alle bewegende Problem erkannt haben und nun ein gemeinsames Vorgehen möglich ist. Der Schwerlastverkehr durch Mutterstadt hat Ausmaße angenommen, die nicht mehr zu akzeptieren sind. Durch das Entfernen der LKW-Durchfahrtsverbotsschilder und der Einführung der Maut-Gebühr auf den Autobahnen wurde die Situation nochmals verschärft. Dies gilt nicht nur für die Gemeinde Mutterstadt, sondern trifft natürlich auch auf die umliegenden Gemeinden zu. In einem Gespräch in der Kreisverwaltung wurde mit den Bürgermeistern und dem Landesbetrieb Straßen und Verkehr das Problem erörtert, da alle Gemeinden die Wiedereinführung des LKW-Durchfahrtsverbots fordern. Leider wurde diese Maßnahme abgelehnt, da das ständige Kontrollieren nicht möglich sei.

Diese Ablehnung können und wollen wir nicht hinnehmen. Es steht eindeutig fest, dass nach dem Entfernen der Verbotsschilder der LKW-Verkehr zugenommen hat. Dies wurde auch von der lokalen Agenda bei ihrer letzten Verkehrszählung bestätigt. Dies zeigt uns aber auch, dass das Durchfahrtsverbot für LKWs viele davon abgehalten hatte, durch den Ort zu fahren, da sie immer mit einer Kontrolle rechnen mussten.

Ich habe deshalb als Wahlkreisabgeordnete Innenminister Karl-Peter Bruch angeschrieben, ihm die Situation der betroffenen Gemeinden geschildert und um Hilfe gebeten. Hier muss ein Machtwort gesprochen werden!

Durch den hoffentlich im nächsten Jahr beginnenden Bau der Südspange zeichnet sich auch ab, dass wir mit dem Bau der Anbindung der L524 an die B9 nun endlich rechnen können, da beide Bauwerke ineinander greifen. Der Landesbetrieb Straßen und Verkehr wollte im vergangenen Jahr bereits mit dem Kauf von Grundstücken für den Straßenbau beginnen, da aber nun die Südspange entlang der Anbindung gebaut werden soll, ist wohl ein Flurbereinigungsverfahren notwendig. Wir erwarten, dass dies nach dem Planfeststellungsverfahren für die Südspange zügig in Angriff genommen wird. Nichts desto trotz ist nun abzusehen, dass die direkte Anbindung vom und zum Gewerbegebiet kommt.

Kommen wird auch die Anbindung des Pfalzmarktes an die A61. Wie uns der zuständige Staatssekretär Eymael mitgeteilt hat, soll das Planfeststellungsverfahren hierzu in diesem Jahr eingeleitet werden.

Durch diese drei Maßnahmen - LKW-Durchfahrtsverbot, Anbindung der L524 an die B9 und die Anbindung des Pfalzmarktes an die A61 - wird sich die Verkehrssituation in Mutterstadt endlich verbessern und wir können dann endlich die im Ortsentwicklungsplan vorgesehenen Verbesserungen in unseren Hauptverkehrsstraßen durchführen. Die Anwohner haben es verdient!

Ergänzend soll der bei einer Feldwegebegehung im vergangenen November von allen Teilnehmern akzeptierte Vorschlag für den Ausbau einer Feldwegeführung von der Ruchheimer Straße zum Pfalzmarkt zügig realisiert werden. Dies ist dringend und notwendig, da der landwirtschaftliche Verkehr aus dem nördlichen Landkreis über Ruchheim kommend durch den Medardusring und das Neubaugebiet „Alter Damm“ fährt. Dies ist weder für die Anwohner noch für die Bauwilligen im Neubaugebiet auf Dauer akzeptabel und trägt auch nicht zum Erhalt unserer Straßen bei. Sollte künftig die Verpackung der Pfälzer Frühkartoffeln nur noch zentral bei Parat erfolgen, ist eine weitere Zunahme des landwirtschaftlichen Verkehrs zu erwarten. Wir fordern deshalb die Verwaltung auf, die angekündigten erforderlichen Sondierungsgespräche in der gebotenen Eile mit den übergeordneten Dienststellen zu führen und die Antragsunterlagen zur Vorlage zur Genehmigung der Unteren Landespflegebehörde zu erstellen, damit mit der Planung noch in diesem Jahr begonnen werden kann. Hier steht die Gemeindeverwaltung in der Verantwortung.

Da die Mittel für die Planung entgegen unseres Antrages nicht im Haushalt eingestellt sind, erwarten wir, dass diese Mittel im Nachtragshaushalt eingestellt werden.

Radweg L533

Über die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Radweges besteht Konsens im Gemeinderat. Das Vorhaben wurde vom Landesbetrieb Straßen und Verkehr inzwischen nachbewertet und kann somit in das Bauprogramm 2007/2008 des Landes aufgenommen werden. Dennoch habe ich die Hoffnung, dass die Zusage des Landes für den Bau des Radweges doch noch in diesem Jahr erfolgt, da sowohl Ministerpräsident Kurt Beck als auch ich als Wahlkreisabgeordnete in dieser Angelegenheit tätig sind. Zuständig ist jedoch allein das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau unter Minister Bauckhage (FDP) mit dem Landesbetrieb Straßen und Verkehr. Eine Antwort von Staatssekretär Eymael (FDP) auf meine erneute dringende schriftliche Bitte bezüglich einer Zusage steht noch aus.

Es ist auch erfreulich, dass die Verwaltung sich dieses Problems so intensiv angenommen hat. Jedoch erscheint es mir wenig hilfreich, wenn in dem Brief der Verwaltung vom 10.01.2006 an das Büro des Ministerpräsidenten unter anderem davon gesprochen wird, dass anderen Orts ohne Not um Potenzen größere zweistellige Millionenbeträge in progressiver Höhe fließen. Gerade die Gemeinde Mutterstadt erwartet, dass in den nächsten Jahren für den Bau der Anbindung der L524 an die B9 und für den Bau der Südspange größere Millionenbeträge fließen, während vielleicht anderen Orts dadurch ein Bauvorhaben zurückgestellt werden muss.

Schließlich ist Mutterstadt auch bei der Bezuschussung des Feuerwehrgerätehauses sehr gut vom Land bedient worden.

Palatinum

Das von der Firma UDF vorliegende betriebswirtschaftliche Gesamtkonzept für das Palatinum enthält viele Vorschläge, die zur Verbesserung der finanziellen Situation beitragen können. Einige Vorschläge wurden bereits umgesetzt. So wird die Einrichtung ab diesem Jahr von einem Werkleiter geleitet, dem ein Werksausschuss beizugeben ist. Dieser Werkleiter ist Herr Hammer, unser Leiter der Finanzabteilung. Dies ist gut so, denn es muss auf Dauer für diesen Wirtschaftsbetrieb eine vertretbare Kostenstruktur erreicht werden. Durch verschiedene Änderungen im Geschäftsablauf wird künftig besser auf die Kunden und Kundenwünsche eingegangen werden. Dennoch ist vieles, was in dem Gutachten empfohlen und auch machbar ist, noch nicht umgesetzt. Die SPD-Fraktion hat einen umfangreichen Antrag gestellt, in dem viele gute Vorschläge gemacht werden. Leider wurde bisher ein großer Teil nicht in Angriff

genommen. Wir können bei jedem Besuch im Palatinum z.B. feststellen, dass der Bau einer Toilettenanlage im Restaurant dringend notwendig ist. Es ist ein Unding, dass die Restaurantbesucher oder die Gäste, die das Nebenzimmer mieten, in der Turnhalle auf die Toilette gehen müssen. Auch der Bau von kleineren Nebenräumen, die für große Tagungen im Saal von den Veranstaltern benötigt werden, ist noch nicht einmal kalkuliert. Wir müssen noch einmal „Geld in die Hand nehmen“, wenn wir eine bessere Auslastung des Palatinums erreichen wollen. Dies bestätigt auch das Gutachten und dies sollte endlich in Angriff genommen werden. Die SPD-Fraktion fordert die Verwaltung auf, uns in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen vor den großen Ferien ein Konzept mit Kostenschätzung für diese Investitionen vorzulegen, damit der Gemeinderat endlich eine Diskussionsgrundlage hat.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in einer Haushaltsrede, die zeitlich begrenzt sein muss, kann nicht zu jedem Punkt im Haushalt Stellung genommen werden. Wir werden deshalb in den Ausschusssitzungen und Gemeinderatssitzungen im Verlaufe des Jahres aber immer wieder auf den heute zu verabschiedenden Haushalt zurückkommen müssen, wenn wir etwas bewegen wollen. Und dies wollen wir. Mutterstadt ist lebens- und lebenswert, dies muss es bleiben und dazu wollen wir unseren Beitrag leisten.

Im Namen der SPD-Fraktion bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Bürgermeister Ledig, und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, namentlich bei den Leiterinnen und Leitern der Fachabteilungen, der gemeindeeigenen Einrichtungen sowie der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Kern, für die Zusammenarbeit. Ihnen, liebe Frau Kercher, wünsche ich für Ihre neue Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte viel Erfolg.

Für die geleistete Arbeit bei der Erstellung des Haushaltsplans, des Wirtschaftsplans Palatinum und des Wirtschaftsplans Abwasserbeseitigung gilt unser Dank der Finanzabteilung, insbesondere Herrn Hammer und Frau Helm.

Bedanken darf ich mich auch bei den drei Beigeordneten, Herrn Schneider, Herrn Heller und Herrn Strub.

Ein großes Lob und Dank geht an den Jugendgemeinderat, der für die Jugend unserer Gemeinde das beste Beispiel für ehrenamtliches Engagement ist.

Die SPD-Fraktion dankt außerdem den Damen und Herren der Lokalen Agenda für ihre geleistete wichtige Arbeit und allen ehrenamtlich Tätigen, die zum Gemeinwohl im vergangenen Jahr beigetragen haben. Ohne diese ehrenamtliche Arbeit wäre unsere Gesellschaft ein großes Stück ärmer.

Ich bedanke mich im Namen der SPD-Fraktion bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktion für die gute konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderat und den Ausschüssen und verbinde dies mit der Hoffnung, dass der Konsens im Gemeinderat zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger immer im Vordergrund steht.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltplan mit dem Investitionsprogramm zu.

Haushaltsrede von Hartmut Kegel (FWG)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ledig,
werte Beigeordnete Herr Heller, Herr Schneider, Herr Strub
Liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
meine Damen und Herren,

Ich beginne meine Ausführungen zum kommenden Haushalt und Investitionsplan unserer Gemeinde mit einem kurzen Überblick über die finanzielle Gesamtsituation.

Finanzielle Gesamtsituation

Das Volumen des Verwaltungshaushaltes 2006 liegt bei 13,3 Mio. € und ist somit seit nunmehr 3 Jahren auf gleichem Niveau. Wir sehen hierin einen kleinen Erfolg, denn sowohl bei den Personal-, wie auch bei den Sachausgaben konnte das Vorjahresniveau gehalten werden. Eine Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen, die von der FWG stets abgelehnt wurde, ist nicht erforderlich. Auch konnten die gestiegenen Ausgaben für die Hartz IV Bezieher kompensiert werden. Weitere laufende Ausgaben, wie zum Beispiel die Kostenbeteiligung an den kreiseigenen Einrichtungen dürfen keine Steigerung erfahren.

Der Überschuss des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 238 T€ kann dem Vermögenshaushalt zugeführt werden.

Der Vermögenshaushalt ist in seiner Höhe geprägt durch den Rückfluss des Sparkassenbriefes und des Darlehens an die Pfalzwerke von insgesamt 5,6 Mio. €. Hier muss unser Ziel sein, dieses Kapital auch weiterhin gewinnbringend anzulegen. Erfreulich ist, dass aus dem Grundvermögen der Gemeinde „Am Alten Damm“ Grundstückserlöse von mindestens 1,2 Mio. € für 2006 zu erwarten sind. Darin sieht man, dass unsere Gemeinde einen guten Wohnwert besitzt.

Bau- und Wohnungswesen

Der Abriss eines Hauses im Brunnensee, wie von uns bereits 2002 gefordert, ist der richtige Schritt zur Aufwertung dieser Wohnanlage und eine Entlastung des Wohnumfeldes.

Das im Besitz der Gemeinde befindliche Wohnhaus in der Pestalozzistraße liegt an zentraler Stelle beim Bauhof und darf nicht aus dem gemeindlichen Besitz herausgelöst werden. Denkbar ist hier bei Bedarf eine Nutzung durch die angrenzende Schule.

Die Sanierung der Flachdächer bei beiden Grundschulen ist dringend nötig und kann in 2006 in Angriff genommen werden.

Die Heizungserneuerung im Rathaus und in der neuen Pforte muss in einer Anlage nach neuesten Erkenntnissen der Energieeinsparung ausgeführt werden.

Straßenbau

Beim Straßenbau stehen in den folgenden Jahren größere Ausgaben, insbesondere durch Erneuerungsmaßnahmen an. Deshalb sollte auf den Umbau der Straßeneinmündungen der Stuhlbruderhof- und Von-Ketteler-Straße in die Blockfeldstraße verzichtet werden. Hier können 40 T€ eingespart werden. Die sanierungsbedürftige Hartmannstraße zählt zur Ortskerngestaltung und sollte verkehrsberuhigt geplant und mit einem dafür geeigneten Belag ausgestattet werden.

Emmrich-Haus

Nachdem die Feuerwehr mit einem schönen Fest in ihr neues Domizil umgezogen ist, kann die Verwertung des Emmerich-Hauses erfolgen. Die Bausubstanz dieses Hauses ist gut. Inwieweit eine Nutzung als kirchliche Versammlungsstätte mit dem erhöhten Stellplatzbedarf möglich ist, muss nach einem Antrag durch den Nutzer geprüft werden. Die freigewordenen Feuerwehrgaragen auf der gegenüberliegenden Straßenseite werden vorübergehend vom Bauhof genutzt. Denkbar wäre hier auch eine Nutzung als Ausstellungsraum für historische landwirtschaftliche Geräte.

Palatinum

Eine weitere Haushaltposition betrifft die Erneuerung des Holzbelages der Palatinumterrasse. Hierfür sind 120 T€ eingestellt. Hier zeichnet sich ebenfalls ein Ende der Unstimmigkeit des Gemeinderates mit der Verwaltungsspitze wegen einiger Versäumnisse ab, die in der Nichtentlastung des Bürgermeisters für den Haushalt 2002 gipfelten. Im Zuge der Terrassenerneuerung muss eine Beschattung für die Fläche vor dem Restaurant eingeplant werden, um eine Aufheizung des Gastraumes im Sommer zu vermindern.

Verkehr

Innerörtlicher Verkehr

Die Verkehrssituation im Ortsbereich ist nicht mehr zumutbar. Nachdem eine von der FWG veranlasste Demonstration für eine Tempo 30-Zone beim Altenheim, große Unterstützung, sowohl bei den übrigen Fraktionen, als auch durch die Bevölkerung erhielt, muss jetzt gehandelt werden. Ein weiterer Ortstermin mit dem LSV (Landesstraßenverkehrsamt) ist nach fachlicher Rechtskenntnis nicht mehr nötig. Stellen Sie bitte die 30er Schilder auf, Herr Bürgermeister.

Außerörtlicher Verkehr

Weitere temporeduzierende Maßnahmen sind erforderlich, so zum Beispiel an den unfallträchtigen Kreuzungsbereichen der Straßen zum Gewerbegebiet. Tempo 50 ab den Ortsschildern auswärts bis zur Einmündung der Floßbachstraße auf die L524 wären richtig. Ähnliches gilt für das allseits geforderte LKW-Durchfahrtsverbot. Hier muss das Wohl unserer Mutterstädter Bürger Vorrang vor den Bedenken umliegender Kreisgemeinden haben. Die Umfahrung mautpflichtiger Straßen durch unseren Ort durch den Schwerlastverkehr muss ermittelt und verhindert werden. Zunehmende Straßenschäden sind hier die Folge. Die im Oktober zusammen mit der Agenda durchgeführte Verkehrszählung wird zurzeit aufgearbeitet und wird hier sicherlich wertvolle Erkenntnisse bringen. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle für die wichtige Arbeit der Agenda, sowohl bei dieser speziellen Aufgabe, als auch für ihre weitere wertvolle Mitarbeit bei gemeindlichen Belangen sehr herzlich bedanken.

Radweg nach Limburgerhof

Beim Radweg nach Limburgerhof schien die Realisierung nach den abgeschlossenen Grundstücksverhandlungen zum Greifen nahe. Nachdem aber die Landesregierung diese für uns so wichtige Maßnahme aus ihrem Investitionsplan gestrichen hat, droht auch hier ein weiterer Zeitverlust. Eine Vorfinanzierung des Weges durch die beteiligten Gemeinden Limburgerhof und Mutterstadt ist erst denkbar, wenn die Landesregierung schriftlich (wie bei der Feuerwehr geschehen) eine Zusage über Höhe und Zeitpunkt der Zahlungen gibt. Da die Planung des Radweges am neu geplanten Verkehrskreislauf eng mit der Weiterführung der L524 auf die B9 verbunden ist, muss auch hier eine zeitnahe Abstimmung mit dem Landesstraßenbauamt erfolgen.

Wirtschaftsweg zum Pfalzmarkt

Anlässlich einer Feldrundfahrt mit Teilnehmern der Agenda, des Gemeinderates und seiner Ausschüsse und der örtlichen Bauernschaft wurde die Möglichkeit einer Ortsumfahrung des landwirtschaftlichen Verkehrs zum Pfalzmarkt erörtert. Eine detaillierte Planung und Kostenschätzung, sowie Verhandlungen mit den Fach- und Genehmigungsbehörden bedingen hierbei einen längeren Zeitraum.

Grundwasser, Landschaftspflege und Umwelt

Südspange

Die Grundwassersituation hat sich trotz drei trockenen Jahren nur geringfügig entspannt und ist bei längeren Regenfällen und Unwetterereignissen sofort wieder akut. Eine Lösung durch die Südspange ist gegeben, jedoch muss die Planung sowohl auf die Belange der Landwirtschaft, als auch auf die Betroffenheit der Umlandgemeinden Rücksicht nehmen. Beide Problemfelder wären mit dem zweistufigen Ausbaumodell zu lösen, wobei die zweite Stufe als Kanalsystem auszubauen wäre. Der Geländeverbrauch durch die Maßnahme, sowie die Beeinträchtigung der angrenzenden Bewirtschaftung ist zu minimieren.

Hochzeitswald

Schon vor längerem brachte die FWG den Vorschlag eines sogen. Hochzeitswaldes ein. Angedacht ist die Möglichkeit für Paare oder Bürger aus verschiedenen Anlässen, die Patenschaft für einen Baum auf einer gemeindeeigenen Ausgleichsfläche zu übernehmen. Geruchsbelästigungen

Von betroffenen Bürgern wachgerüttelt, hat jetzt auch unsere Verwaltung erkannt, dass hier akuter Handlungsbedarf zur Ursachensuche und deren Beseitigung besteht. Es entsteht bei so manchem der Eindruck, dass vor allem übergeordnete Stellen zu lasch reagieren.

Agenda

Die Indikatoren für ein nachhaltiges Mutterstadt wurden verabschiedet und somit wichtige Parameter für eine Verbesserung der Lebensqualität für unsere Gemeinde festgelegt. Hier sei den Mitgliedern der Agenda nochmals gedankt. Die Mithilfe der FWG insbesondere bei der Landschaftspflege und bei den Verkehrsfragen wird hiermit zugesichert.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss meines Berichtes

Den Angestellten der Verwaltung, insbesondere Herrn Bürgermeister Ledig, den Leitern der Finanzabteilung und der Hauptverwaltung Herr Hammer und Herr Holzwarth gilt im Namen der Freien Wählergruppe mein Dank für die geleistete Arbeit. Für ihre ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohle unserer Gemeinde möchte ich mich bei unseren Beigeordneten den Herren Heller, Schneider und Strub bedanken. Ein herzliches Dankeschön geht an die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und der Ausschüsse für die fruchtbare, faire und konstruktive Zusammenarbeit.

Der diesjährige zu beschließende Haushaltsplan ist ausgeglichen, zeigt aber auch, dass der finanzielle Spielraum für künftige notwendige Investitionen sehr begrenzt ist.

Die Fraktion der Freien Wählergruppe stimmt der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2006 und dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2005-2009 zu.

Vielen Dank

Haushaltsrede von Dr. Ulrich Hettenbach (FDP):

Die Haushaltslage der Gemeinde Mutterstadt ist bereits seit Jahren angespannt. Wie auch im letzten Jahr möchte ich für die FDP-Fraktion feststellen, dass wir nicht unverschuldet in diese Situation hineingeraten sind. Völlig überzogene Projekte wie das Palatinum, wünschenswerte, aber in dieser Größenordnung nicht unbedingt notwendige Investitionen wie der Sportpark und schließlich der sowohl wünschenswerte als auch dringend notwendige Neubau eines Feuerwehrgerätehauses haben den Haushalt der Gemeinde aufs Äußerste strapaziert.

Zum Glück sind nun keine weiteren Großprojekte mehr geplant, so dass die Schulden der Gemeinde nun langsam wieder abgetragen werden können. Dies wird uns allerdings nur gelingen, wenn wir auch in den nächsten Jahren alle auch noch so kleinen Ausgaben genauestens überprüfen und äußerst sparsam wirtschaften. Außerdem müssen wir alles daran setzen, Grundstücke der Gemeinde zu marktgerechten Preisen zu verkaufen.

Die Gemeinde hat Am Alten Damm Grundstücke für einen siebenstelligen Betrag erworben. Es ist nun an der Zeit, diese Grundstücke wieder zu veräußern.

Wie die anderen Fraktionen im Gemeinderat auch haben wir lange vor der Einweihung des neuen Feuerwehrgerätehauses gefordert, ein Vermarktungskonzept für das alte Anwesen zu erstellen. Nach unseren Erkenntnissen ist es auch ein halbes Jahr nach der Einweihung zu nicht viel mehr als der Einholung eines Schätzpreises gekommen. Da die türkisch-islamische Gemeinde sich für das Anwesen interessiert, müssen unverzüglich Verkaufsverhandlungen aufgenommen werden.

Neben den direkt mit dem Haushalt zusammenhängenden Fragen gibt es zwei weitere Probleme, die noch dringender auf eine vernünftige Lösung warten: es sind dies einerseits die Geruchsbelästigung im südwestlichen Teil der Wohnbebauung und die steigende Belastung durch den Schwerlastverkehr. Auch bei diesen Problemen müssen wir feststellen, dass Bürgermeister und Gemeinderat nicht ganz unschuldig sind. Wir alle - und da schließe ich die FDP mit ein - haben bei der Genehmigung der Kompostieranlage und der Tankzugreinigungsanlage die Konsequenzen nicht gründlich genug erörtert. Daher sind wir nun alle miteinander in der Pflicht, Lösungen für diese Probleme zu finden, die sowohl den Bürgern unserer Gemeinde als auch den betroffenen Firmen gerecht werden. Die seit langem geforderte Anbindung der L524 an die B9 kann hier eine Entlastung bringen; allerdings dürfen wir uns nicht hierauf allein verlassen, sondern wir müssen hier kurzfristig zu einer Lösung kommen. Die FDP-Fraktion bietet hierfür ihre Mithilfe an.

Haushaltsrede von Ingrid Schellhammer (GRÜNE)

Liebe Ratskollegen und Ratskolleginnen, liebe Mitglieder der Verwaltung, liebe Gäste,

auch wenn es allgemein üblich ist über die finanzielle Lage zu jammern, möchte ich auch dieses Jahr nicht in diesen Chor einstimmen, sondern wiederholen, was ich an dieser Stelle schon des öfteren festgestellt habe: Mutterstadt ist eine relativ reiche Gemeinde mit im kreisweiten Vergleich überdurchschnittlich hohen Einnahmen, vor allem aus den Einkommenssteuern ihrer zum Teil ganz gut verdienenden Bürger. Etwas flapsig gesagt: Mutterstadt ist so reich, dass es sich sogar manch überdimensionierten Luxus wie das Palatinum und eine hochgerüstete Feuerwehr leisten kann. Dem Vermögenshaushalt kann voraussichtlich auch in diesem Jahr wieder mehr zugeführt werden als es die Pflichtzuweisung vorschreibt und Mutterstadt besitzt auch noch einiges an Reserven. Auch scheinen die Hoffnungen, die die Gemeinde Mutterstadt auf die Bebauung des Neubaugebiets Alter Damm gesetzt hat, sich doch allen Bedenken zum Trotz langsam aber sicher zu erfüllen.

Auf diesem Hintergrund und durch diverse Neujahrsansprachen ermutigt, möchte ich in meiner Rede vor allem dafür plädieren, die geplanten Neuinvestitionen im Sinne von Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit anzugehen und sich Visionen zu leisten, deren Realisierung zwar möglicherweise kurzfristig teurer sind, die sich aber in der Zukunft rechnen und die vor der nachwachsenden Generation verantwortbar sind. Mutterstadt kann sich Visionen leisten und sollte sie sich leisten - im Interesse seiner Bürger und vor allem seiner Jugend!

Die Notwendigkeit zur Erneuerung der Heizungsanlagen im Rathaus und in der Neuen Pforte sollte in diesem Sinn nicht als notwendiges Übel begriffen werden, sondern als Chance für eine zukunftsfähige Investition. Bündnis 90/ Die Grünen schlagen vor, hier die Anschaffung eines alternativen Heizungssystem zu prüfen, das regenerative Energiequellen nutzt. Gedacht ist an ein BHKW, das mit Pflanzenöl z.B. Raps betrieben werden kann und das nicht nur heizt, sondern dabei auch noch Strom produzieren kann. Oder ein System mit Wasserwärmepumpe, wie es dies z.B. die evangelische Kirchengemeinde in Neulußheim verwirklicht hat, ein Heizsystem, das sich besonders gut und kostengünstig in Gemeinden mit hohem Grundwasserstand verwirklichen lässt.

Außerdem schlagen Bündnis 90/Die Grünen vor, in Vorbereitung der Entscheidung für eine bestimmte Heizung, die beiden Häuser energietechnisch begutachten zu lassen. Eventuell kann durch Dämmmaßnahmen der Energieverbrauch wesentlich gesenkt und dadurch die Heizung kleiner dimensioniert werden, was bereits bei der Anschaffung die Kosten senken würde. Für ein solches Energiegutachten spricht auch eine seit Januar in Kraft getretene EU-Verordnung, die für öffentliche Gebäude die Erstellung und öffentliche Aushängung eines Energiepasses vorschreibt. Der Bürger soll zukünftig einsehen können, wie verantwortungsvoll seine Gemeinde in Sachen Energieverbrauch mit seinen Steuern umgeht. Diese EU-Verordnung ist zwar noch nicht in nationales Recht umgesetzt, was aber sicherlich spätestens nächstes Jahr der Fall sein wird. Ein solches Gutachten inklusive Energiepass kostet maximal 300,00 € und dürfte sich auf alle Fälle rechnen.

Des Weiteren schlagen Bündnis 90/Die Grünen vor, einen Teil des in diesem Jahr zurückfließenden Darlehens an die Pfalzwerke oder ein Teil der ebenfalls in diesem Jahr neu zur Anlage frei werdenden Sparkassenbriefe in die Installation von Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden zu investieren. Langfristig rechnen sich diese Anlagen nicht nur für die Umwelt, sondern auch ökonomisch.

Mit freudigem Erstaunen haben Bündnis 90/ Die Grünen zur Kenntnis genommen, dass es in Sachen Emmerich-Haus und islamischer Verein doch wieder Hoffnung gibt. Auch wenn die Mitglieder dieses Vereins wohl kaum zu unseren Wählern gehören, sind wir der Meinung, dass ein Verkauf des Emmerich-Hauses an den islamischen Verein eine für alle Beteiligten gute Lösung wäre. Der Verein macht seit Jahren, von vielen unbemerkt, seine Arbeit in der Oberen Kirchstraße und es wäre nichts weiter als selbstverständlich, diesem bereits alt eingesessenen Verein die Chance zu geben seine Arbeit zukünftig in angemessenen Räumen durchführen zu können.

Zusammenfassend möchte ich sagen: der Haushaltsplan ist solide und er lässt genügend Raum für zukunftsweisende Gestaltungsmöglichkeiten. Wir hoffen und werden das uns Mögliche dafür tun, dass diese Handlungsspielräume genutzt werden. In dieser Hoffnung werde ich dem Haushaltsplan zustimmen.

Einstimmiger Beschluss:

- a) Der Finanzplan und das Investitionsprogramm 2005 bis 2009 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.
- b) Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2006 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Ausbau Wirtschaftsweg zum Pfalzmarkt - Antrag SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion beantragt, Mittel für die Planung des Wirtschaftsweges zum Pfalzmarkt und für den benötigten Grunderwerb im Haushaltsplan 2006 einzustellen.

Anlässlich einer Feldwegebefahrung wurden die verschiedenen Möglichkeiten einer Wegeführung für die landwirtschaftlichen Fahrzeuge zur Umfahrung der Ortslage erörtert und die bevorzugte Wegeführung wurde festgehalten.

Angesichts der Tatsache, dass sicherlich noch zahlreiche Sondierungsgespräche mit übergeordneten Dienststellen und Fachbehörden notwendig sein werden, wurden im Entwurf des Haushaltsplanes 2006 noch keine Gelder eingestellt. Sollte sich zeigen, dass mit einer Planung wider Erwarten doch noch in diesem Jahr begonnen werden kann, werden die dann erforderlichen Mittel im Nachtragshaushalt eingestellt.

Die CDU-Fraktion sieht Übereinstimmung mit ihrem Antrag vom 21.01.2004. Dagegen wendet die SPD-Fraktion ein, dass man sich erstmals bei der gemeinsamen Feldwegebefahrung am 17.11.2005 auf eine realisierbare Wegstrecke festgelegt habe.

Einstimmiger Beschluss:

Mittel für die Planung des Wirtschaftsweges zum Pfalzmarkt und den dazu benötigten Grunderwerb werden im Haushaltsplan 2006 zunächst nicht eingestellt. Bei Bedarf wird über eine Bereitstellung im Nachtragshaushalt 2006 beschlossen.

Wirtschaftsplan Palatinum für das Jahr 2006

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan 2006 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 954.600,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 360.000,00 € ausgeglichen ist. Eine Verlustausweisung ist nicht erforderlich, da die Gemeinde Zuweisungen für den Schuldendienst über 425.000,00 € und einen Betriebskostenanteil über 412.200,00 € übernimmt. Darlehen und Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

Einstimmiger Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2006 für das Palatinum wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Wirtschaftsplan der Abwasserbeseitigungseinrichtung für das Jahr 2006

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan für 2006 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 2.272.500,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 938.000,00 € ausgeglichen ist. Der Bilanzgewinn wird voraussichtlich 304.000,00 € betragen. Darlehen und Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

Einstimmiger Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2006 der Abwasserbeseitigungseinrichtung wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Radweg L 533 Mutterstadt-Limburgerhof

- Antrag der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion beantragt, dass sich die Gemeinde Mutterstadt für den schnellstmöglichen Bau des Radweges entlang der L 533 nach Limburgerhof einsetzt und den Bau bis zur Mittelbereitstellung des Landes vorfinanziert.

Haupt- und Finanzausschuss und Verwaltung kamen bereits überein, dass das Bestreben zum baldigen Erhalt des Radwegs im Vordergrund stehen muss und man deshalb durchaus über eine Zwischenfinanzierung nachdenken sollte. Dies dürfe aber nur der letzte aller sich bietender Wege sein. Zuerst sollten alle Möglichkeiten der Verwaltung und der Politik ausgeschöpft werden, das Land Rheinland-Pfalz an seine Verantwortung zu erinnern.

Zum Zeitpunkt dieser Erörterung war der Verwaltung bereits ein Schreiben von Frau Hannelore Klamm MdL an Herrn Staatssekretär Günter Eymael bekannt. Ebenso hatte die Verwaltung an das Büro des Ministerpräsidenten geschrieben.

Nach telefonischer Auskunft des Landesbetriebs Straßen und Verkehr sei die technische Planung komplett fertiggestellt und das Verfahren zur Beteiligung der Fachbehörden werde bis Ende Januar eingeleitet.

Einstimmiger Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird zur Kenntnis genommen und zurückgestellt, bis weitere Erkenntnisse vorliegen, wonach das Land Rheinland-Pfalz die Finanzierung des Radwegs mit angestrebtem Baubeginn noch im Jahr 2006 entweder zusagt oder auf Folgehaushalte verschiebt. Die Verwaltung wird beauftragt, die politischen Kräfte werden gebeten, weiterhin alles in ihrem Möglichen zu unternehmen, was dem angestrebten Ziel förderlich sein kann.